

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2020

**Schwächere Weltwirtschaft und hohe
Unsicherheit bremsen heimische
Konjunktur**

SPERRFRIST: Donnerstag, 20. Dezember 2018, 10:30 Uhr



**INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES**

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2020

**Schwächere Weltwirtschaft und hohe
Unsicherheit bremsen heimische
Konjunktur**

Die Modellprognosen werden von der
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

**Benjamin Bittschi
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Martin G. Kocher
Robert M. Kunst
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß**

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Martin G. Kocher

☎: +43/1/599 91-125
email: direktion@ihs.ac.at

Helmut Hofer

☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück

Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
+43 660 150 5001
email: glueck@paulglueck.com

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen wie Gesundheit, Bildung und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 50 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

Inhalt

1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	5
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	6
2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR	9
2.1 Internationale Konjunkturprognosen	9
Abbildung: OECD-Frühindikator	10
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum	11
2.2 Länderprognosen	12
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)	15
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	21
3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUßENWIRTSCHAFT	22
4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR	23
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	26
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum	29
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum	29
Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2018	31
5. MONETÄRE PROGNOSE	34
Texttabelle: Leitzinsen	34
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	35
TABELLENANHANG	37

Schwächere Weltwirtschaft und hohe Unsicherheit bremsen heimische Konjunktur

Im Einklang mit der nachlassenden Konjunkturdynamik im Euroraum hat sich das kräftige Wachstum der heimischen Wirtschaft im Jahresverlauf merklich verlangsamt. Von der hohen Unsicherheit im konjunkturrelevanten Umfeld gehen zusätzlich dämpfende Effekte aus. Nach 2.7 % im ablaufenden Jahr erwartet das Institut für die Jahre 2019 und 2020 ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 1.7 % bzw. 1.6 %. Mit rund 2 % sollte der Inflationsdruck verhalten ausfallen, während die Arbeitslosigkeit mit einer Quote von knapp 7 ½ % relativ hoch bleibt. Die beträchtliche außenwirtschaftliche Unsicherheit (Brexit, protektionistische Handelspolitik, Entwicklung der Weltkonjunktur) bildet ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft. Erforderlich sind tiefgehende Strukturreformen, um das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu kräftigen und die Widerstandskraft gegenüber internationalen Konjunkturreinbrüchen zu erhöhen.

1. Einleitung und Zusammenfassung

Nach einem kräftigen synchronen Aufschwung im Vorjahr verlangsamte sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft im ablaufenden Jahr merklich. Die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern haben dabei zugenommen. Während sich das Wachstumstempo der Wirtschaft in den USA, angetrieben durch kräftige Fiskalimpulse, erhöhte, verlangsamte sich die Konjunktur im Euroraum und in Japan. Die hohe Unsicherheit, etwa über die Ausgestaltung des Brexit und über die weitere Entwicklung der handelspolitischen Konflikte, spiegelte sich in einer Verschlechterung der konjunkturrelevanten Stimmungsindikatoren wider. Die Abschwächung der Konjunktur im Euroraum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die heimische Konjunkturentwicklung. Nachdem die österreichische Wirtschaft zwischen dem vierten Quartal 2016 und dem ersten Quartal 2018 äußerst kräftig expandierte, nahm seither das Wachstumstempo merklich ab. So betrug laut Trend-Konjunktur-Komponente das Wirtschaftswachstum im zweiten und dritten Quartal nur mehr 0.6 % bzw. 0.4 %, nach 0.8 % zu Jahresbeginn. Insgesamt trugen alle Nachfragekomponenten zur immer noch robusten wirtschaftlichen Dynamik im dritten Quartal bei; allerdings verlor die Industriekonjunktur merklich an Schwung. Das Institut geht weiterhin davon aus, dass die heimische Wirtschaft nach einer zweijährigen Hochkonjunktur auf einen moderateren Wachstumspfad einschwenkt. Somit sollte das Bruttoinlandsprodukt, nach einem Wachstum von 2.7 % im ablaufenden Jahr, in den Jahren 2019 und 2020 um 1.7 % bzw. 1.6 % zulegen. Während die österreichische Wirtschaft im ablaufenden Jahr deutlich schneller als die des Euroraums gewachsen ist, dürfte sich das Wachstumstempo im weiteren Prognosezeitraum angleichen.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat im zu Ende gehenden Jahr merklich an Schwung verloren, allerdings mit beträchtlichen regionalen Unterschieden in der Wachstumsdynamik. Die kräftigen finanzpolitischen Impulse treiben die US-Wirtschaft. Diese legte im zweiten und dritten Quartal um 1.0 % bzw. 0.9 % zu. Hingegen verlangsamte sich im Euroraum das Wachstum im dritten Quartal auf 0.2 %, nach 0.4 % in den ersten beiden Quartalen. Zu Jahresende 2017 hatte die Wachstumsrate noch 0.7 % betragen. In Deutschland und Italien war die Wirtschaftsleistung im

dritten Quartal sogar rückläufig. Die Abschwächung im dritten Quartal im Euroraum wurde aber vermutlich größtenteils durch Sonderfaktoren verursacht. So sollte der Rückgang in der Automobilproduktion, verursacht durch Probleme bei der Umsetzung neuer Standards für die Abgasmessung, nur temporärer Natur sein. Insgesamt gesehen scheint die Konjunktur im Euroraum weiterhin aufwärts gerichtet zu sein; unterstützend wirken die aufgrund der geldpolitischen Ausrichtung anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und die eher expansive Fiskalpolitik. Die Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern verlief im Großen und Ganzen robust. Die von der Straffung der US-Geldpolitik ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten der Schwellenländer haben nicht zu einem allgemeinen Wirtschaftseinbruch geführt; manifeste Krisen gab es lediglich in Argentinien und der Türkei. Ausgehend von den Zuwächsen zu Jahresende 2017 hat sich der Welthandel im Verlauf des heurigen Jahres nur langsam ausgeweitet. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben sich die Inflationsraten im Jahr 2018 zwar merklich erhöht; dies lässt sich aber primär auf den Ölpreisanstieg zurückführen, wohingegen die Kerninflation kaum gestiegen ist. Insgesamt gesehen deuten die vorliegenden Indikatoren auf eine Fortsetzung des weltweiten Aufschwungs hin, allerdings mit geringerem Tempo.

Das Institut erwartet somit folgendes internationales Konjunkturbild: Nach einem Wachstum von knapp 3 % im ablaufenden Jahr könnte die US-Wirtschaft nächstes Jahr noch um 2.5 % zulegen. Im Jahr 2020 sollte die Wachstumsrate auf 1.8 % zurückgehen. Im Vergleich zur Oktober-Prognose wurde die Einschätzung der Wachstumsaussichten für den Euroraum leicht zurückgenommen. Ausgehend von 1.9 % im ablaufenden Jahr werden nunmehr Zuwachsraten von 1.7 % bzw. 1.6 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo nur geringfügig abnehmen. So wird sich das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich von 6.6 % auf 6.2 % bzw. 6.0 % verlangsamen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.5 % bzw. 3.4 % expandieren, nach 3.7 % im ablaufenden Jahr.

Im bisherigen Jahresverlauf hat der private Konsum in Österreich stark zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Impulse gehen von der guten Entwicklung der Realeinkommen und dem hohen Konsumentenvertrauen aus. Das Institut rechnet daher weiterhin mit einem Zuwachs von 1.8 % im ablaufenden Jahr. Im kommenden Jahr sollte der Familienbonus die Einkommensentwicklung kräftigen, sodass trotz schwächerer Konjunktur ein Konsumwachstum von 1.5 % erwartet wird. Im Jahr 2020 sollte der private Konsum um 1.4 % zulegen. Der private Konsum bleibt damit eine wichtige Wachstumsstütze. Die Konsumprognose impliziert einen leichten Rückgang der Sparquote von 6.8 % im Vorjahr auf 6.5 % im Jahr 2020.

In den letzten Jahren war die Investitionskonjunktur sehr kräftig. Die Bruttoanlageinvestitionen sind im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 3.4 % gewachsen. Mit der Verschlechterung der internationalen Konjunkturaussichten dürfte sich auch die Realkapitalbildung verlangsamen. Allerdings stützen die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungsbedingungen die Investitionsneigung. Für den weiteren Prognosezeitraum wird eine Abschwächung des Investitionswachstums auf 1.9 % bzw. 1.6 % erwartet. Seit 2015 verlief die Konjunktur bei den Ausrüstungsinvestitionen äußerst belebt. Nach 3.8 % im ablaufenden Jahr sollte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen auf 2.0 % bzw. 1.8 % verlangsamen. Konjunkturell bedingt dürfte auch die Expansion der Bauinvestitionen etwas nachlassen. Mit Zuwachsraten von 1.8 % bzw. 1.5 % bleibt die Baukonjunktur gleichwohl kräftig.

Im bisherigen Jahresverlauf hat der Welthandel nur wenig zugelegt; dies gilt insbesondere für den Euroraum. Die protektionistischen Maßnahmen dämpfen die weltweite Handelsdynamik. Das Institut geht aber weiter davon aus, dass es zu keiner Eskalation des Handelskonflikts kommt, und erwartet für die kommenden beiden Jahre eine Zunahme des Welthandels um 3.2 %. Die abnehmende weltweite Investitionskonjunktur belastet die österreichische Außenwirtschaft. Nach 5.0 % im ablaufenden Jahr sollte sich die Dynamik der Warenexporte mit Zuwachsraten von 4.0 % bzw. 3.5 % etwas abschwächen. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 3.7 % bzw. 3.2 % erwartet, nach 4.4 % im ablaufenden Jahr. Mit Zuwächsen von 3.4 % bzw. 3.0 % sollte auch die Importnachfrage in den kommenden beiden Jahren kräftig bleiben. Von der Außenwirtschaft dürfte somit weiterhin ein positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Im Oktober betrug die heimische Inflationsrate 2.2 %. Seit Jahresmitte treiben die Energiepreise den Preisanstieg. Hingegen belief sich die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) in den letzten Monaten nur auf 1.6 %. Erfreulicherweise hat sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum merklich verringert. Für den Jahresdurchschnitt 2018 wird weiterhin eine Preissteigerung von 2.0 % erwartet. Im weiteren Prognosezeitraum ist mit einem nahezu unveränderten Preisauftrieb zu rechnen. Das Institut geht davon aus, dass die Effekte des Energiepreisanstiegs auslaufen, hingegen dürfte die Kerninflation leicht anziehen. Insgesamt wird somit für die kommenden beiden Jahre eine VPI-Inflationsrate von 2.1 % bzw. 2.0 % erwartet. Diese Prognose unterstellt, dass von den internationalen Rohstoffmärkten keine starken preistreibenden Impulse ausgehen und die heimische Lohnstückkostenentwicklung relativ verhalten bleibt.

In Folge der Hochkonjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt merklich verbessert. Im ablaufenden Jahr wurde die Beschäftigung um 2.5 % ausgeweitet und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition ist um 0.8 Prozentpunkte auf 7.7 % gefallen. Mit dem schwächeren Wirtschaftswachstum sollte sich die Dynamik der Beschäftigungsnachfrage verlangsamen. In den kommenden beiden Jahren wird mit einer Ausweitung der Beschäftigung um 1.2 % bzw. 0.8 % gerechnet. Die Arbeitslosenquote wird laut Prognose im Jahresdurchschnitt 2019 auf 7.4 % fallen und im Jahr 2020 auf diesem Wert verharren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sollte damit jeweils 4.8 % betragen, ausgehend von 4.9 % im ablaufenden Jahr. Die zunehmenden Rekrutierungsprobleme der Unternehmen bei hoher Arbeitslosigkeit deuten auf einen Mis-Match zwischen den von den Arbeitslosen angebotenen und den von den Unternehmen nachgefragten Qualifikationen hin. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erscheinen daher für eine Reduktion des historisch hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit indiziert.

Gegenwärtig stellt sich die Lage der öffentlichen Haushalte recht erfreulich dar. Aufgrund der Hochkonjunktur und der niedrigen Zinsen dürfte der Gesamtstaat bereits im ablaufenden Jahr einen annähernd ausgeglichenen Haushalt verzeichnen. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 und 2020 einen Budgetüberschuss von 0.2 % bzw. 0.4 % des BIP. Aus Sicht des Instituts ist es aber unbedingt notwendig, weitere Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik umzusetzen. Finanzielle Spielräume für die geplante Steuerreform 2020, welche auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt, müssen kurzfristig geschaffen werden. Diese Reform bietet auch Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur. Aus konjunktureller Sicht wäre ein struktureller Budgetüberschuss sinnvoll, da damit ein größerer Spielraum bei Konjunkturabschwüngen geschaffen würde, der das umfassende Wirken der automatischen Stabilisatoren ermöglichen und allenfalls weitere fiskalische Impulse erlauben

würde. Aus längerfristiger Sicht müssen Potenziale zur Finanzierung der Kosten der Alterung und von zusätzlichen Ausgaben in zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung geschaffen werden. Der Einstieg in die Umsetzung von tiefgehenden Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus sollten daher umgehend erfolgen.

Die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten sind gegenwärtig hoch, und die Stimmung der Wirtschaftsakteure hat sich eingetrübt. Weitere Belastungen des konjunkturellen Umfelds könnten zu einer merklich geringeren Expansion der Weltwirtschaft führen. Zu nennen ist insbesondere eine Verschärfung der handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und China. Eine Ausweitung auf den Handel von Europa mit den USA würde die Weltkonjunktur wohl merklich und zusätzlich dämpfen. Gegenwärtig herrscht in der US-Wirtschaft noch Hochkonjunktur. Mit dem Auslaufen der Effekte der Steuerreform und einer langsam restriktiveren Geldpolitik könnte sich das Expansionstempo der US-Wirtschaft, insbesondere im Jahr 2020, aber deutlich stärker abkühlen als in dieser Prognose unterstellt. Auch beträchtliche Kurskorrekturen an den Aktienmärkten würden die Wirtschaftsdynamik belasten. Die Straffung der US-Geldpolitik hat in einigen Schwellenländern zu Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen geführt. Ein Übergreifen der Krisen in Argentinien und der Türkei auf andere Schwellenländer würde deren Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es ist zu beachten, dass die Möglichkeiten der Europäischen Zentralbank, einem Konjunkturabschwung entgegenzusteuern, derzeit gering sind. Weiter zunehmende Sorgen um die Tragfähigkeit von Staatsschulden, etwa in Italien, könnten die Finanzierungsbedingungen im Euroraum beeinträchtigen. Eine merkliche Verschlechterung der konjunkturellen Dynamik in Deutschland würde die heimische Wirtschaftsentwicklung zusätzlich bremsen. Verbessert sich hingegen die Stimmung der privaten Haushalte und Unternehmen im Euroraum, könnte die Konjunkturabschwächung in Österreich geringer ausfallen. Eine durch Reformen auf der Ausgabenseite gegenfinanzierte Absenkung der Abgabenbelastung im Jahr 2020 in Österreich würde die Wirtschaftsentwicklung stärken.

Wichtige Prognoseergebnisse

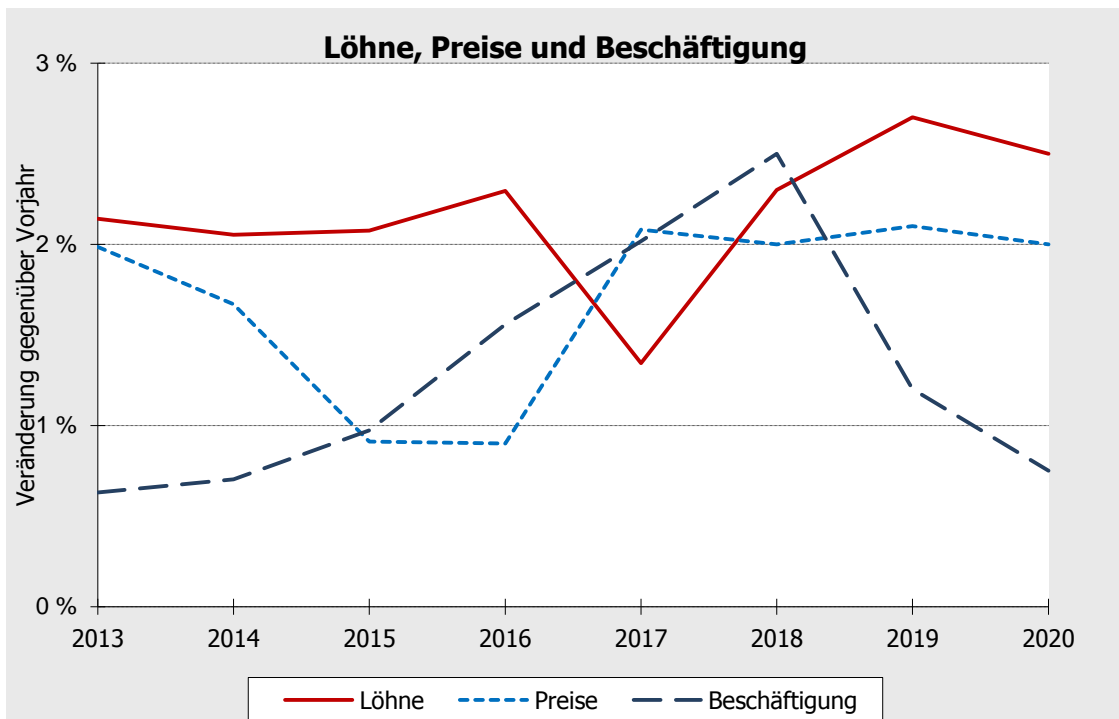
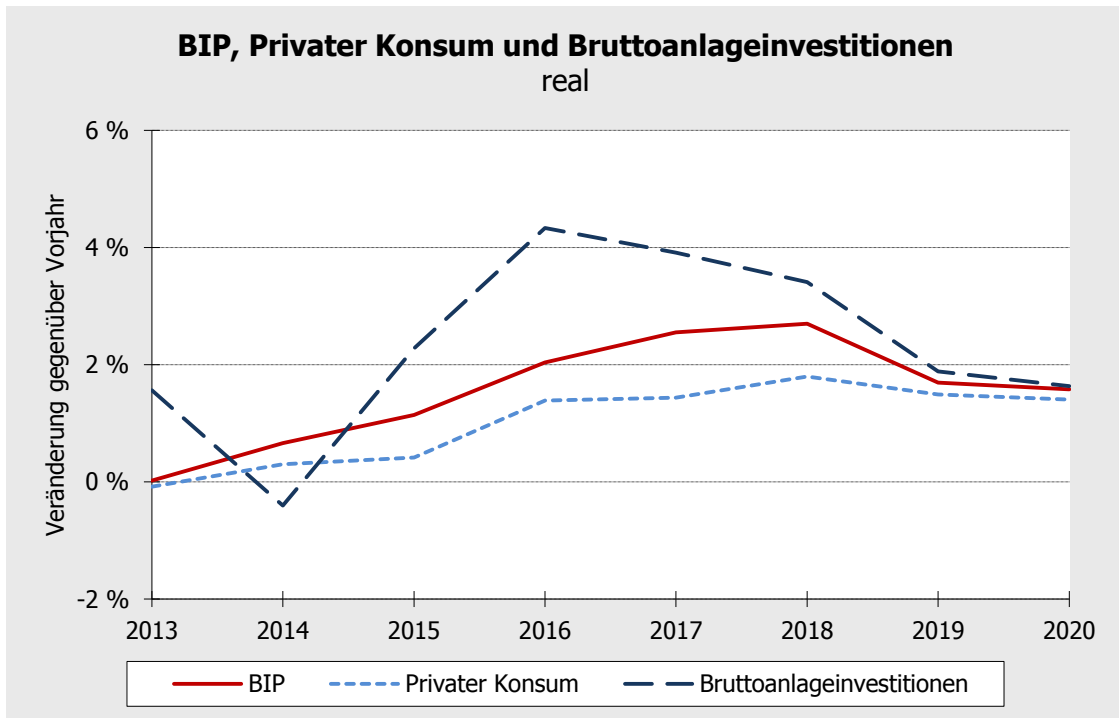
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2.7	1.7	1.6
Privater Konsum, real	1.8	1.5	1.4
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.6	1.8	1.6
Bruttoanlageinvestitionen, real	3.4	1.9	1.6
Ausrüstungsinvestitionen, real	3.8	2.0	1.8
Bauinvestitionen, real	3.0	1.8	1.5
Inlandsnachfrage, real	1.8	1.5	1.4
Exporte i.w.S., real	4.4	3.7	3.2
Waren, real (laut VGR)	5.0	4.0	3.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.3	1.8	1.5
Importe i.w.S., real	3.0	3.4	3.0
Waren, real (laut VGR)	2.8	3.6	3.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4.8	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.5	1.2	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7.7	7.4	7.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4.9	4.8	4.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.3	2.7	2.5
Preisindex des BIP	1.7	2.0	1.8
Verbraucherpreisindex	2.0	2.1	2.0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	-0.1	0.2	0.4
3-Monats-Euribor*	-0.3	-0.1	0.2
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen*	0.7	1.0	1.2

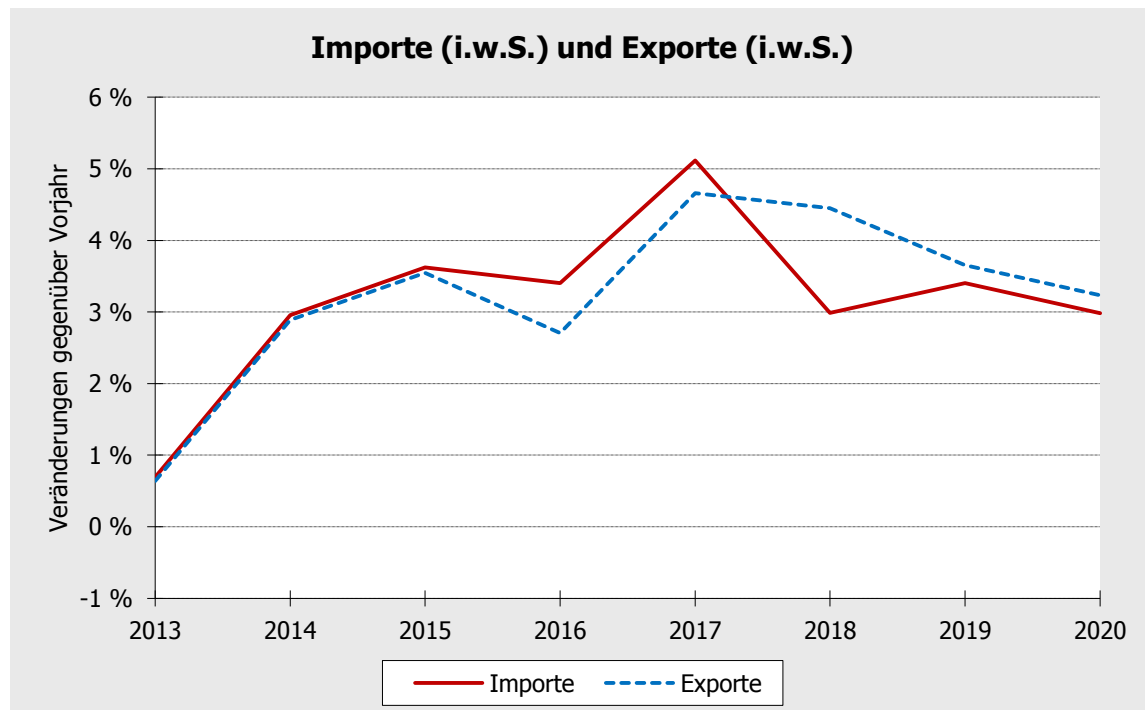
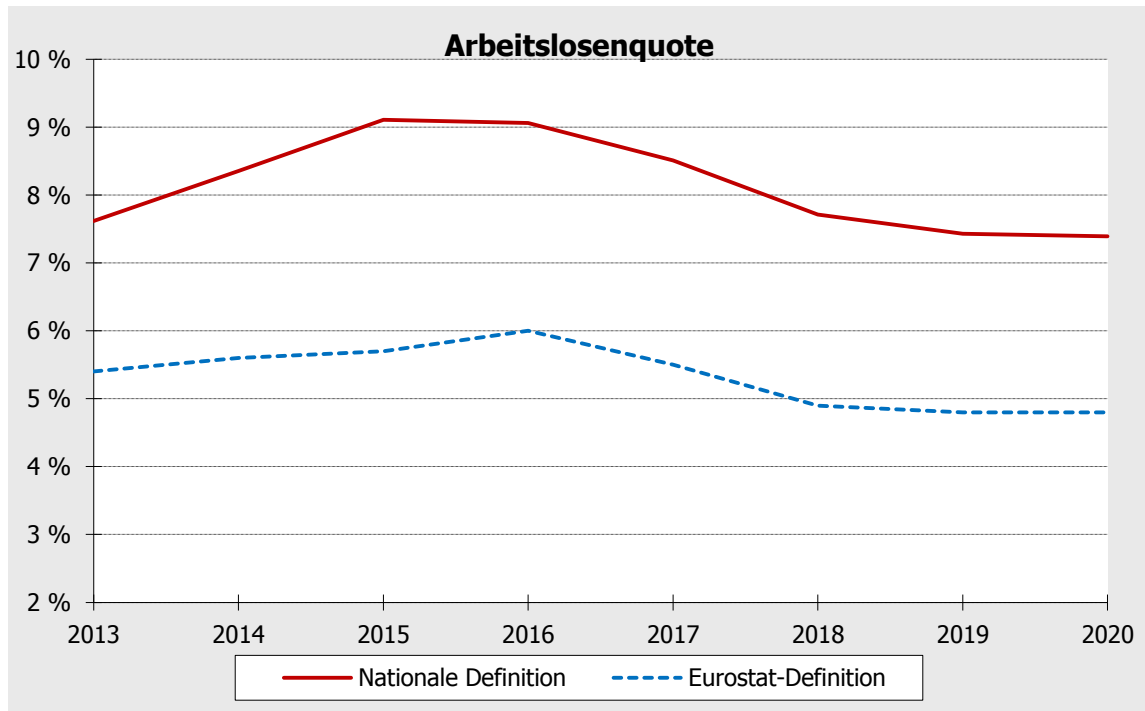
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

* absolute Werte

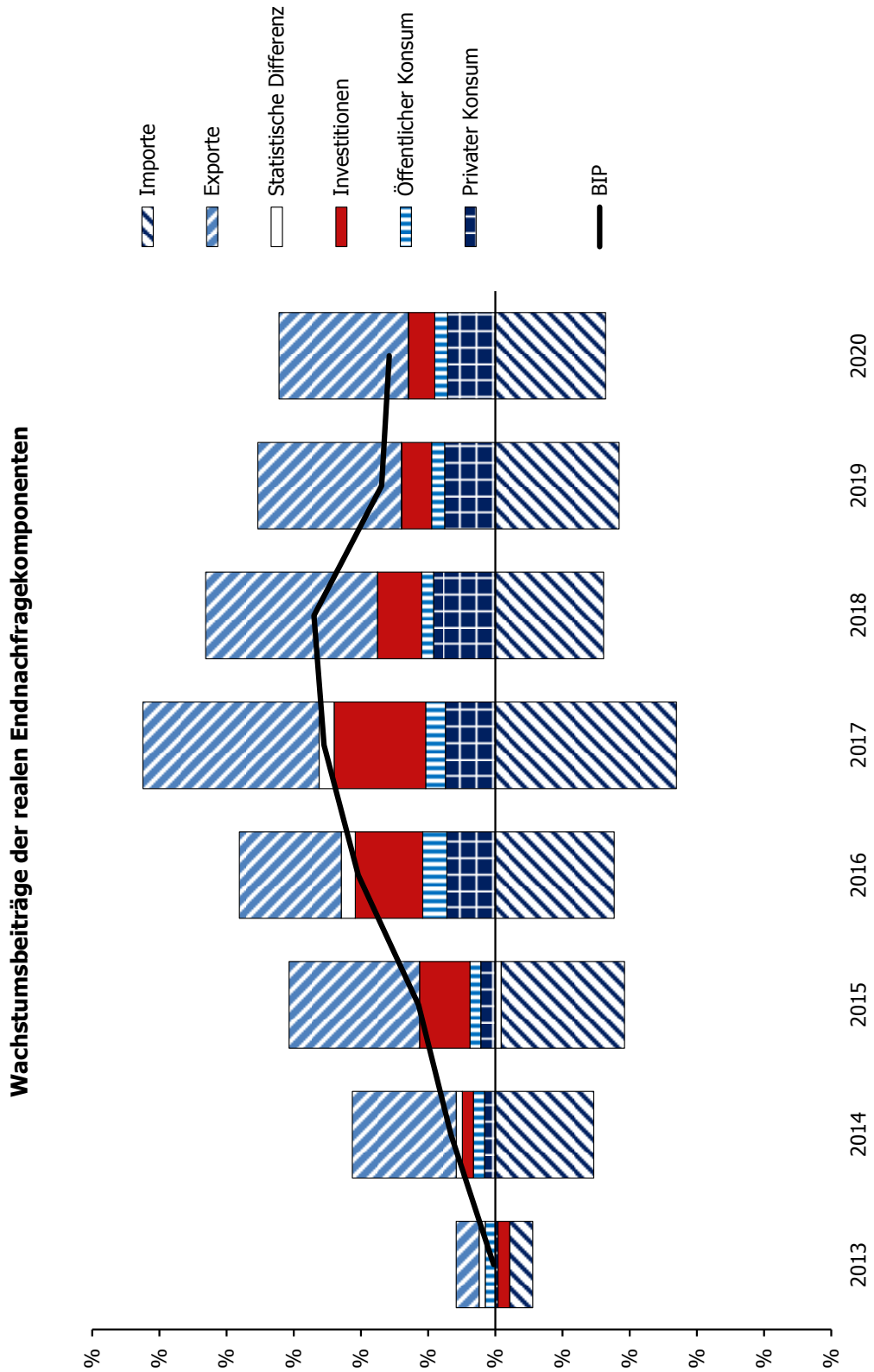
WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die **Weltwirtschaft** hat im Jahr 2018 das Wachstumstempo von 2017 beibehalten, allerdings mit beträchtlichen regionalen Unterschieden. Der konjunkturelle Höhepunkt wurde in vielen wichtigen Volkswirtschaften bereits in der ersten Jahreshälfte überschritten. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Kapazitätsengpässe verhinderten eine Ausweitung der Produktion. Die Wachstumsverlangsamung in der Güterverarbeitenden Industrie wurde jedoch von einer starken Nachfrage im Dienstleistungssektor abgefedert. Im Jahr 2019 wird sich das globale Wirtschaftswachstum auf hohem Niveau weiter abschwächen. Die Rohstoffpreise dürften nicht mehr steigen, wodurch der Preisdruck nachlassen sollte. Unsicherheiten werden jedoch weiterhin das Unternehmerv Vertrauen beeinträchtigen. Die größte Belastung für die Weltwirtschaft stellen weiterhin die Handelskonflikte dar, allen voran der Streit zwischen den weltweit führenden Volkswirtschaften USA und China. Hinzu kommen Unsicherheiten wie der Brexit oder die Folgen von steigenden Zinsen in den USA.

Im kommenden Jahr wird sich die Konjunktur in den großen Industrieländern abschwächen. In Nordamerika geht die Hochkonjunktur allmählich zu Ende. Im Euroraum bleibt der Wirtschaftsaufschwung intakt, allerdings verlangsamt sich auch hier das Expansionstempo. In China setzt sich die strukturelle Abkühlung fort. Mit Ausnahme von Brasilien könnte auch in den anderen Schwellenländern die konjunkturelle Entwicklung etwas an Fahrt verlieren.

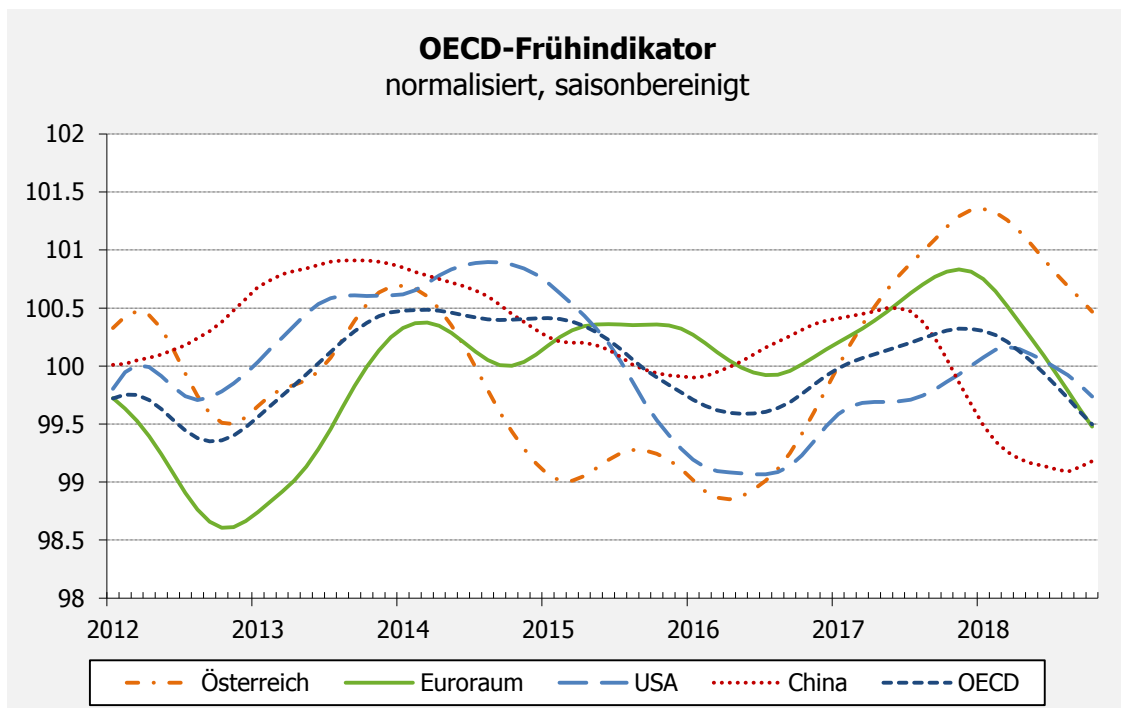
Das Wachstum der Weltwirtschaft ist im Jahr 2018 mit 3.7 % hoch geblieben, in den Jahren 2019 und 2020 ist mit einer leichten Abkühlung auf 3.5 % bzw. 3.4 % zu rechnen. In den OECD-Ländern könnte sich das Wirtschaftswachstum 2019 und 2020 auf 2.1 % bzw. 1.8 % abschwächen, nach 2.4 % im Jahr 2018. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU ist im Jahr 2018 voraussichtlich um 2.0 % gewachsen. Für 2019 und 2020 werden Wachstumsraten von 1.7 % bzw. 1.6 % erwartet. Der IWF prognostiziert für Asien (ohne Japan) für 2019 und 2020 ein Wirtschaftswachstum von 6.3 % bzw. 6.4 %, nach 6.5 % im Jahr 2018. In Lateinamerika dürfte die Wirtschaft 2018 um 1.2 % gewachsen sein. Die konjunkturelle Entwicklung könnte sich in den Jahren 2019 und 2020 auf 2.2 % bzw. 2.6 % beschleunigen. Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, befindet sich seit 2017 auf einem verhaltenen Wachstumskurs. In der argentinischen Wirtschaft herrscht dagegen Rezessionsgefahr.

Nach einer längeren Schwächephase gewann der Welthandel im Jahr 2017 deutlich an Dynamik. Dem Höhenflug, der bis Ende 2017 andauerte, folgte eine Abkühlung. Die protektionistische Handelspolitik wirkt dämpfend. Im Jahr 2018 wird für den globalen Handel eine Wachstumsrate von 3.5 % erwartet. In den Jahren 2019 und 2020 sollte sich das Welthandelwachstum auf jeweils 3.2 % abschwächen. Die Rohstoffpreise ohne Energie sind bis zur Jahresmitte 2018 gesunken. Eine Stabilisierung setzte in den folgenden Monaten ein. Der *S&P Non-Energy Index* notierte im November um 4.1 % unter dem Vorjahreswert. Die Rohölpreise sind bis Oktober auf 81 US-Dollar gestiegen, brachen jedoch im November ein. Der Preis für die Sorte Brent fiel dabei auf 66.2 US-Dollar und lag somit nur noch um 5.4 % über seinem Vorjahreswert.

Ausgehend von rund 72 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2018, wird in dieser Prognose für die Jahre 2019 und 2020 ein Ölpreis von jeweils 68 US-Dollar unterstellt. Nach 1.18 USD/EUR im

Jahresdurchschnitt 2018 wird für 2019 und 2020 ein Wechselkurs von 1.16 bzw. 1.18 USD/EUR erwartet.

Die Stimmungsindikatoren für die Weltwirtschaft deuten auf eine Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung hin, die allerdings auf hohem Niveau stattfindet. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Güterverarbeitende Industrie begann sich von seinem Höchststand zu Jahresbeginn etwas zurückzubilden, eine dynamischere Entwicklung verzeichnete dagegen der Dienstleistungssektor. Im Oktober und November legte der Gesamtindex leicht zu. Das ifo Weltwirtschaftsklima sank im vierten Quartal das dritte Mal in Folge, der Index liegt aber noch immer über seinem langjährigen Durchschnitt. Den Experten zufolge schlagen sich die verschlechterten Erwartungen insbesondere in einem schwächeren privaten Konsum nieder, während die erwartete Investitionstätigkeit nicht mehr weiter zurückgeht. Die Befragten erwarten zudem ein deutlich schwächeres Wachstum des Welthandels, wohl auch, weil sie nicht davon ausgehen, dass bestehende Handelsbarrieren abgebaut werden. Gemäß dem OECD-Frühindikator wird sich im Euroraum sowie in den USA die Konjunktur verlangsamen.



Quelle: OECD, Thomson Reuters

Die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten sind gegenwärtig hoch und die Stimmung der Wirtschaftsakteure hat sich eingetrübt. Weitere Belastungen des konjunkturellen Umfelds könnten daher zu einer merklich geringeren Expansion der Weltwirtschaft führen. Zu nennen ist insbesondere eine Verschärfung der handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und China. Eine Ausweitung auf den Handel von Europa mit den USA würde den Welthandel bremsen und die Weltkonjunktur wohl merklich dämpfen. Gegenwärtig befindet sich die US-Wirtschaft noch in einer Hochkonjunkturphase. Mit dem Auslaufen der Effekte der Steuerreform und der restriktiveren Geldpolitik könnte sich das Expansionstempo der US-Wirtschaft aber deutlich stärker abkühlen als erwartet, insbesondere im Jahr 2020. Beträchtliche Kurskorrekturen an den Aktienmärkten würden die Wirtschaftsdynamik wohl auch belasten. Die Straffung der US-Geldpolitik hat in einigen

Schwellenländern zu verstärkten Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen geführt. Eine Ausweitung der Krisen in Argentinien und der Türkei auf andere Schwellenländer würde deren Finanzierungsbedingungen verschlechtern und könnte die Weltkonjunktur bremsen. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Hierbei ist zu beachten, dass die Möglichkeiten der EZB, einem Konjunkturabschwung entgegenzusteuern, aufgrund der gegenwärtigen Nullzinspolitik eher gering sind. Eine merkliche Verschlechterung der konjunkturellen Dynamik in Deutschland würde wohl auch die heimische Wirtschaftsentwicklung bremsen.

Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum (in Prozent)

	2018	2019	2020
BIP-Wachstum	1.9	1.7	1.6
Arbeitslosenquote	8.2	7.9	7.8
Inflation HVPI	1.8	1.7	1.6

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Im **Euroraum** hat sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 voraussichtlich auf 1.9 % abgeschwächt. Im dritten Quartal verlangsamte sich die konjunkturelle Entwicklung, hauptsächlich hervorgerufen durch Produktionseinschränkungen in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit Problemen bei der Umsetzung neuer Standards der Abgasmessung. Die deutsche Wirtschaft litt darunter am stärksten. Eine expansive Geldpolitik, verbesserte Bedingungen am Arbeitsmarkt, der Defizitabbau und Steuersenkungen werden die Konjunktur im Euroraum weiterhin stützen. Die privaten Haushalte profitieren von Reallohnsteigerungen. Den Hauptrefinanzierungssatz belässt die EZB auf dem Rekordtief von 0.0 %. Zu Jahresbeginn 2019 werden die Nettokäufe von Anleihen eingestellt. Die Unsicherheit bezüglich des weiteren Verlaufs der Weltkonjunktur belastet die Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr. Das Wirtschaftswachstum wird im Jahr 2019 voraussichtlich auf 1.7 % zurückgehen. Die Inflation dürfte unter dem von der EZB angestrebten Wert von knapp zwei Prozent liegen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird von günstigen Finanzierungsbedingungen und einer leicht expansiven Finanzpolitik gestützt.

In den Sommermonaten hat sich die Konjunktur deutlich abgeschwächt. Das BIP des Euroraums stieg im dritten Quartal zum Vorquartal nur noch um 0.2 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.7 %. Unter den vier größten Volkswirtschaften war dabei das Wachstum in Spanien (0.6 %) und Frankreich (0.4 %) robust, hingegen verzeichneten Deutschland und Italien Rückgänge (-0.2 % bzw. -0.1 %). Im Schlussquartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum kaum belebt haben. Der Arbeitsmarkt wurde jedoch von der Nachfrageabschwächung noch nicht erfasst. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 8.1 % noch immer auf den tiefsten Stand seit 2008. Die Inflation ging im November auf 2.0 % zurück. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wachstumsdynamik auch in den kommenden Monaten verhalten bleibt.

Seit seinem Höchststand zu Jahresbeginn sinkt der Einkaufsmanagerindex. Im Dezember fiel der Index auf den tiefsten Wert seit vier Jahren, er deutet aber noch immer auf eine schwache Expansion hin. Laut ifo kühlt sich das Wirtschaftsklima weiter ab, vor allem in Italien und Spanien. Der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission ist dagegen im November nicht mehr so stark gesunken. Während sich das Vertrauen der privaten Haushalte weiter eintrübte,

verbesserte sich die Stimmung bei den Unternehmern. Laut ZEW-Finanzmarkttest blicken auch die Finanzmarktexperten optimistischer auf die konjunkturelle Entwicklung. Die Lageeinschätzung hat sich zwar erheblich verschlechtert, aber das Barometer für ihre Erwartungen im nächsten halben Jahr stieg im Dezember überraschend an.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Jahr 2018 voraussichtlich um 2.9 % gewachsen. Dies war die stärkste Expansion innerhalb der letzten vier Jahre. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage hat der private Konsum merklich zum Wachstum beigetragen. Die Preisentwicklung dämpfte zwar das reale verfügbare Einkommen, dies wurde jedoch vom hohen Konsumentenvertrauen abgefedert. Wegen des Aufschwungs in der Güterverarbeitenden Industrie und der Steuerreform legten auch die Ausrüstungsinvestitionen kräftig zu. Wegen der guten konjunkturellen Lage und der steigenden Beschäftigung konnte die Fed ihre Geldpolitik straffen. Die Federal Funds Rate liegt derzeit mit 2 bis 2.25 % auf dem höchsten Stand seit 2008. Weitere Zinsschritte könnten folgen. Mit 2.5 % wird das BIP-Wachstum im kommenden Jahr kräftig bleiben. Die Nachfrage der privaten Haushalte sollte sich nach wie vor robust entwickeln. Die positiven Wachstumsimpulse, die auf die Steuerreform zurückgehen, werden jedoch langsam auslaufen. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten sich dadurch abschwächen und die Bauinvestitionen werden wegen der erwarteten Verteuerung der Fremdfinanzierung an Dynamik verlieren. Auch die protektionistische Handelspolitik wird die konjunkturelle Entwicklung dämpfen.

Im Frühling und Sommer verzeichnete die Konjunktur einen sehr kräftigen Aufwind. Das BIP der USA stieg im dritten Quartal zum Vorquartal um 0.9 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 3.0 % zu. Wie im Vorquartal blieb die Expansion im privaten und öffentlichen Konsum sehr robust. Der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen schwächte sich deutlich ab, und die Bauinvestitionen sind gefallen. Auch die Exporte gaben im Vergleich zum Vorquartal nach. Im Schlussquartal hat sich die konjunkturelle Entwicklung voraussichtlich etwas verlangsamt. Der Auftrieb der Industrieproduktion schwächte sich auf hohem Niveau etwas ab, die Arbeitslosenquote blieb jedoch im November mit 3.7 % unverändert auf dem niedrigsten Stand seit 1969. Seit der Jahresmitte geht der Preisauftrieb zurück. Die Inflation betrug im November 2.2 %. Vorlaufende Indikatoren deuten auf eine solide konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Monaten hin. Der *Markit Composite Purchasing Managers Index*, der seit dem Jahresbeginn nachgibt, deutet im Dezember immer noch auf eine Expansion hin. Der vom *Institute for Supply Management* erstellte Index zeigt, dass sich die Auftragslage in der Güterverarbeitenden Industrie sowie im Dienstleistungssektor wieder verbessert. Der *Conference Board Leading Economic Index* lässt eine robuste Wirtschaftsentwicklung in den kommenden Monaten erwarten.

In **Japan** ist die Wirtschaft im Jahr 2018 voraussichtlich um 0.9 % gewachsen. Sonderfaktoren und ein Realeinkommensverlust der privaten Haushalte, der durch den Anstieg der Inflation hervorgerufen wurde, haben die konjunkturelle Entwicklung gebremst. Der Zuwachs der Konsumausgaben hat sich dadurch abgeschwächt. Die Ausrüstungsinvestitionen behielten das Wachstumstempo des Vorjahres bei. Diese zwei Komponenten des BIP leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Die Abschwächung des Welthandels dämpfte dagegen die Exportentwicklung. Im Jahr 2019 dürfte die Wirtschaft um 1.0 % wachsen. Lohnerhöhungen werden den privaten Konsum stützen und die Arbeitskräfteknappheit wird die Investitionstätigkeit

erhöhen. Die Exporte dürften jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte kräftiger zulegen. Wegen der schwachen Wirtschaftslage wird die *Bank of Japan* von ihrer ultralockeren Geldpolitik voraussichtlich noch nicht abgehen, auch weil der Preisauftrieb deutlich unter dem Zielwert der japanischen Notenbank von 2 % liegt. Die für Oktober 2019 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer dürfte die Konjunktur im Jahr 2020 dämpfen.

In den Sommermonaten haben Naturkatastrophen (Erdbeben, Überflutungen, Taifun und Hitzewelle) und eine schwache Auslandsnachfrage die konjunkturelle Entwicklung belastet. Das japanische BIP sank im dritten Quartal zum Vorquartal um 0.6 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 0.1 %. Im Schlussquartal dürfte sich jedoch die wirtschaftliche Lage wieder verbessert haben. Die Industrieproduktion hat sich verstärkt und die Beschäftigung ist gewachsen. Die Inflation stieg im Oktober auf 1.4 %. Der *Nikkei Composite Output Index* legte, nach einem Jahrestief im September, im Oktober und November wieder zu und signalisiert für die kommenden Monate eine Expansion. Im Dezember hat sich die Auftragslage in der Güterverarbeitenden Industrie verbessert.

In der **Volksrepublik China** ist die Wirtschaft im Jahr 2018 voraussichtlich um 6.6 % gewachsen. Die Konjunktur hat im Jahresverlauf etwas an Tempo verloren. Die Wachstumsabschwächung ging auf einen geringeren Zuwachs der Staatsausgaben, Investitionen und Exporte zurück. Die rasch voranschreitende Urbanisierung und steigende Einkommen stärkten dagegen den privaten Konsum. Das Importwachstum ist dadurch hoch geblieben. Da der Preisdruck bei den Konsumgütern nur gering ist, wird der Schlüsselzinssatz, der derzeit 4.4 % beträgt, voraussichtlich nicht angehoben. Im Jahr 2019 dürfte sich das BIP-Wachstum auf 6.2 % abschwächen. Der private Konsum wird weiter steigen. Wegen der regen Importtätigkeit könnte der Saldo der Außenbilanz ins Negative drehen. Das Wachstumsmuster für die Jahre 2018 und 2019 entspricht dem angestrebten Wirtschaftsmodell, das eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums impliziert. Kernpunkt des eingeleiteten Reformprozesses ist die Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells, weg von einer export- und investitionsgetriebenen Entwicklung hin zu einer stärker vom Konsum getriebenen Wirtschaft. Die Reformen umfassen den Abbau von Überkapazitäten in der Industrie, Strukturveränderungen im Bankenwesen und einen Schuldenabbau in der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Sektor. Höhere Finanzierungskosten sollen einer übermäßigen Kreditaufnahme entgegenwirken.

Der private Konsum und der Immobilienboom stützen die Wirtschaft, hingegen sollten vom Handelsstreit mit den USA dämpfende Impulse ausgehen. Das chinesische BIP wuchs im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.5 %. Die Inlandsnachfrage blieb nach wie vor robust, negativ entwickelte sich dagegen der Außenbeitrag. Die Außenwirtschaft dürfte auch im vierten Quartal das BIP-Wachstum gebremst haben. In den kommenden Monaten wird sich die Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich weiter abschwächen. Nach einem Höchststand im vergangenen Jänner ist der *Caixin China Composite Index* im Jahresverlauf gesunken und lag im Oktober knapp über der Wachstumsschwelle. Im November führte eine stärkere Dynamik im Dienstleistungssektor zu einem Anstieg des Gesamtindex.

In **Deutschland** hat sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 auf 1.5 % verlangsamt. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich wie im Vorjahr robust, Unsicherheiten im internationalen Umfeld belasteten dagegen die Exportwirtschaft. Bei den Ausrüstungsinvestitionen setzte sich die

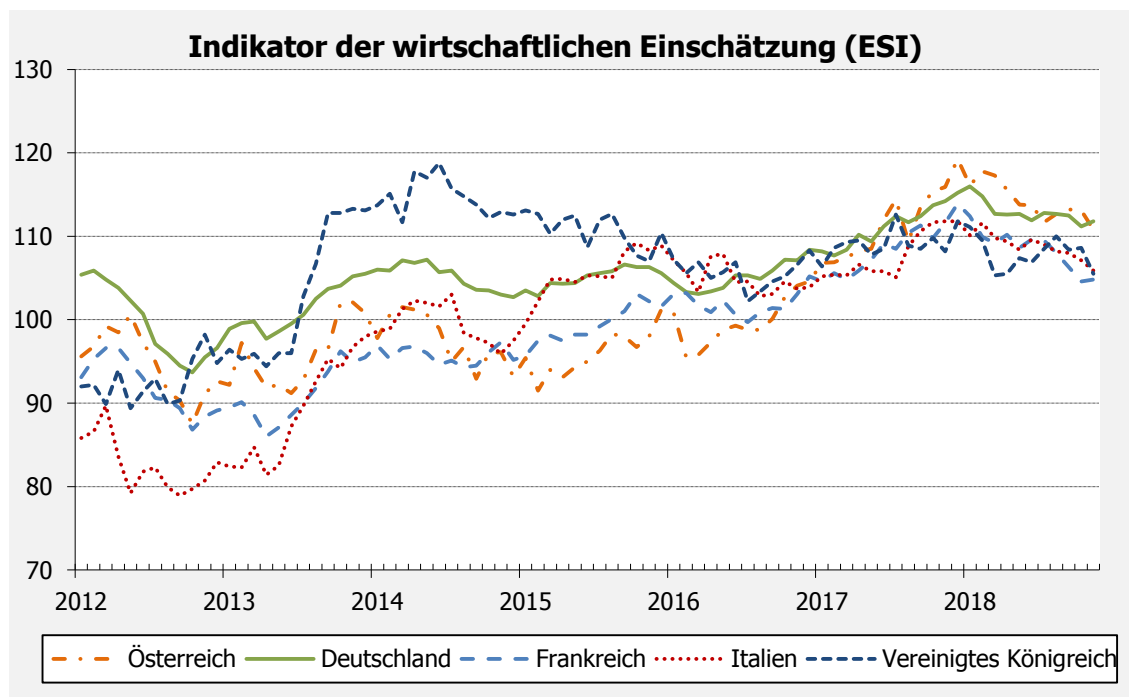
Expansion im Tempo des Vorjahres fort und der hohe Bedarf an zusätzlichem Wohnraum und Investitionen der öffentlichen Hand stützten die Bautätigkeit. Der private Konsum sollte angesichts von Rekordbeschäftigung und steigenden Löhnen eine wichtige Konjunkturstütze bilden, in der zweiten Jahreshälfte belasteten jedoch Sonderfaktoren die Entwicklung. Die nach wie vor ausgezeichnete Einkommens- und Arbeitsmarktsituation sowie der Energiepreisanstieg waren die Hauptursachen des Preisanstiegs. Von der konjunkturellen Delle zum Jahreswechsel dürfte sich die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2019 wieder rasch erholen und ein Wachstum von 1.5 % erreichen. Der intakte Arbeitsmarkt und eine expansivere Fiskalpolitik werden die Inlandsnachfrage stützen. Die Unsicherheiten wie etwa der schwelende internationale Handelskonflikt und der Brexit, die vor allem die privaten Investitionen und die Exporte negativ beeinflussen, bleiben nach wie vor bestehen.

Sonderfaktoren belasten die Konjunktur. Das deutsche BIP sank im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0.2 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.2 % zu. Gesunken sind der private Konsum sowie die Exporte. Positive Wachstumsimpulse gingen dagegen von der Investitionstätigkeit aus. Am Jahresende ist die Nachfrage schwach geblieben. Der Pkw-Absatz ist, vermutlich wegen der Umstellung auf strengere Abgasmessregeln, auch im November geschrumpft. Dies schlägt sich in einem schwachen privaten Konsum nieder. Im Oktober ist die Arbeitslosenquote auf 3.3 % gesunken. Die Inflationsrate stieg auf 2.4 %.

Die Lagebeurteilung hat sich verschlechtert, in den kommenden Monaten sollte sich jedoch der Pkw-Zulassungstau auflösen, womit sich auch die Nachfrage verbessern sollte. Gemäß dem Markt Einkaufsmanagerindex verzeichnete die Wirtschaft im Dezember die schwächste Expansion innerhalb von vier Jahren. Auch der ifo Geschäftsklimaindex ist im November erneut gefallen. Die Unternehmen schätzten die aktuelle Lage schlechter ein, wenn auch ausgehend von einem noch hohen Niveau. Die ZEW-Finanzmarktexperten blicken optimistischer auf die deutsche Konjunktur. Das Barometer für ihre Erwartungen im nächsten halben Jahr stieg im Dezember überraschend an. Die Stimmung der privaten Haushalte hat sich verschlechtert. Laut GfK-Konsumklima gingen im November sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartungen leicht zurück, die Anschaffungsneigung hat dagegen ihr ohnehin exzellentes Niveau noch einmal geringfügig verbessert. Da die Sparneigung im November einen Sprung nach oben machte, prognostiziert die GfK für Dezember einen Rückgang des Konsumklimas.

In **Italien** ist die Wirtschaft im Jahr 2018 voraussichtlich um 1.0 % gewachsen. Die schwächere Welthandelsdynamik und die hohen Rohölpreise haben die Konjunktur gebremst. Von der Außenwirtschaft sind daher negative Wachstumsimpulse ausgegangen. Auch die Nachfrage der privaten Haushalte hat sich beträchtlich abgeschwächt. Günstige Finanzierungsbedingungen stützten dagegen die Investitionen. Die Inflation ist verhalten geblieben. Im Jahr 2019 wird die Wirtschaft voraussichtlich um 0.9 % wachsen. Die Exporte werden sich von der schwachen Entwicklung im Vorjahr erholen. Die Arbeitskräftenachfrage und steigende Löhne könnten den privaten Konsum stärken, dagegen dürften die Investitionen schwächer wachsen. Die angekündigte expansive Fiskalpolitik sollte die Nachfrage kurzfristig etwas verbessern, sie würde jedoch die Staatsverschuldung weiter erhöhen. Im Prognosezeitraum bleiben die Erwartungen über die gesamtwirtschaftliche Konjunkturentwicklung unter dem Durchschnitt des Euroraums.

Im dritten Quartal sank das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.1 %, gegenüber dem Vorjahresquartal nahm es um 0.7 % zu. Der private Konsum gab etwas nach und die Ausrüstungsinvestitionen sind deutlich gesunken. Positive Wachstumsimpulse gingen von den Bauinvestitionen und den Exporten aus. Im vierten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Lage verbessert haben, vor allem wegen einer stärkeren Auslandsnachfrage. Die Inflation betrug im Oktober 1.6 %. Die Arbeitslosenquote ist im Oktober auf 10.6 % gestiegen. Die jüngsten Konjunkturindikatoren deuten auf eine sehr schwache Expansion der Wirtschaft in den kommenden Monaten hin. Der Markt Einkaufsmanagerindex, der Anfang 2018 einen Höchststand erzielte, hat in den folgenden Monaten nachgegeben. Im Oktober rutschte der Gesamtindex unter die Wachstumsschwelle und ist dort auch im November unverändert geblieben. Für den Rückgang verantwortlich ist vor allem die Schwäche in der Güterverarbeitenden Industrie. Laut Istat ist im November das Vertrauen der Unternehmer sowie der privaten Haushalte gesunken.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters

In **Frankreich** hat sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 voraussichtlich auf 1.6 % verlangsamt. Nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte verbesserte sich jedoch die konjunkturelle Entwicklung. Dies ging vor allem auf eine höhere Auslandsnachfrage zurück. Steuersenkungen sollten die Inlandsnachfrage beleben, diese positiven Impulse kamen aber nur bedingt zum Tragen, weil der Anstieg der Verbraucherpreise das verfügbare Einkommen der Haushalte verringerte. Auch die Investitionstätigkeit dürfte sich abgeschwächt haben. Trotzdem haben sich die Bedingungen am Arbeitsmarkt verbessert. Das Wirtschaftswachstum wird 2019 voraussichtlich wieder 1.6 % ausmachen. Die fiskalischen Impulse und die abflauende Inflation werden den privaten Konsum im Jahresverlauf stärken. Kapazitätsengpässe in der Produktion beleben die Investitionstätigkeit. Der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen bekommt nun auch von der steigenden Auslandsnachfrage einen Schub. Diese Prognose unterstellt, dass die Reformpolitik weitergeführt wird und es nicht zu sozialen Verwerfungen kommt.

Die Konjunkturschwäche in der ersten Jahreshälfte wurde vorübergehend überwunden. Das französische BIP stieg im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 %, zum Vorjahr legte es um 1.5 % zu. Nach einem Rückgang im Vorquartal ist der private Konsum gewachsen. Eine schwache Entwicklung wiesen die Ausrüstungs- sowie die Bauinvestitionen auf. Von der Außenwirtschaft gingen dagegen positive Impulse aus. Im vierten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung abgeschwächt haben. Im Oktober blieb die Inflation mit 2.5 % hoch. Dagegen ging die Arbeitslosenquote auf 8.9 % zurück. Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren für die kommenden Monate eine Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Expansion. Durch die Protestwelle werden Lieferketten in der Industrie unterbrochen und der Einzelhandel dürfte weniger absetzen. Der Markt Einkaufsmanagerindex gibt seit dem Jahresbeginn nach. Im Dezember ist der Index zum ersten Mal seit zweieinhalb Jahren unter die Wachstumsschwelle gerutscht. Eine rückläufige Entwicklung verzeichneten die Güterverarbeitende Industrie sowie der Dienstleistungssektor. Auch das Verbrauchervertrauen (Insee) ist gesunken und war im November so schlecht wie seit über dreieinhalb Jahren nicht mehr. Die privaten Haushalte befürchten, dass Arbeitslosigkeit und Inflation steigen werden.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaft im Jahr 2018 voraussichtlich um 1.3 % gewachsen. Die Inflation bildete sich im Vergleich zum Vorjahr etwas zurück und der Abbau der Arbeitslosigkeit setzte sich fort. Die Nachfrage der privaten Haushalte blieb somit robust. Die Bauinvestitionen gerieten jedoch ins Stocken und Unsicherheiten haben die Ausrüstungsinvestitionen belastet. Aufgrund der konjunkturellen Abschwächung hat die *Bank of England* den Leitzinssatz von 0.75 % unverändert gelassen und die geplanten Zinsschritte für das kommende Jahr sind unwahrscheinlicher geworden. Im Jahr 2019 wird sich das BIP-Wachstum voraussichtlich auf 1.2 % abschwächen. Dies setzt voraus, dass der Brexit geordnet erfolgt. Die gute Arbeitsmarktlage und Einkommenszuwächse werden den privaten Konsum stützen. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften könnte dagegen das Wirtschaftswachstum bremsen. Unsicherheiten werden weiterhin die Ausrüstungsinvestitionen belasten. In der Außenwirtschaft dürfte die Dynamik schwach bleiben.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im dritten Quartal zum Vorquartal um 0.6 % und zum Vorjahresquartal um 1.5 % zu. Die stärksten Impulse gingen von der Konsumnachfrage aus. Nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte haben die Bauinvestitionen und die Exporte zugelegt. Im vierten Quartal dürfte sich jedoch die Wachstumsdynamik abgeschwächt haben. Im Einzelhandel ist der Umsatz zurückgegangen und die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen hat nachgegeben. Im Jahresverlauf hat der Preisdruck nachgelassen. Die Inflation betrug im Oktober 2.3 %. Die Arbeitslosenquote befindet sich mit 4.1 % auf den niedrigsten Stand seit 1975. In den kommenden Monaten dürfte die konjunkturelle Entwicklung zum Stillstand gekommen sein. Seit der Jahresmitte sinkt der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services Index*. Im November verbesserte sich zwar die Dynamik in der Güterverarbeitende Industrie, der Teilindex für den Dienstleistungssektor ist dagegen deutlich gefallen. Gemäß dem *Markit Jobs Report* verlangsamt sich die Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Anzahl der offenen Stellen nimmt ab und die Löhne steigen.

Die Wirtschaft der **Schweiz** befindet sich in einer Hochkonjunkturphase und ist im Jahr 2018 voraussichtlich mit 2.8 % deutlich stärker als im Vorjahr gewachsen. Besonders schwungvoll entwickelte sich die Güterverarbeitende Industrie. Zur Ausweitung von Produktionskapazitäten

legten die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen zu. Im Zuge der konjunkturellen Beschleunigung stieg die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit nahm ab. Dabei ist kein nennenswerter Lohndruck entstanden und der Preisauftrieb ist dadurch sehr verhalten ausgefallen. Die Schweizerische Nationalbank hat trotz der ausgezeichneten konjunkturellen Lage an ihrem geldpolitischen Kurs festhalten. Das Zielband für den Dreimonats-Libor liegt derzeit noch immer bei -1.25 % bis -0.25 %. Im Jahr 2019 dürfte das BIP-Wachstum auf 1.7 % zurückgehen. Während die Inlandsnachfrage robust bleibt, werden negative Wachstumsimpulse von der Außenwirtschaft erwartet. Mit Preissteigerungen ist 2019 nicht zu rechnen. Neben den Risiken im internationalen Umfeld stellt eine mögliche Aufwertung des Franken für die Exportwirtschaft das größte Risiko dar.

Der Aufschwung wurde im dritten Quartal abrupt unterbrochen. Das BIP der Schweiz sank um 0.2 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es 2.2 % zu. Der private Konsum stagnierte. Einen Rückgang verzeichneten die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie die Exporte. Trotz des BIP-Rückgangs befindet sich die Wirtschaft weiterhin in einer relativ guten Gesamtverfassung. Die Konjunktur dürfte daher im Schlussquartal wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückgekehrt sein. Im Oktober legte die Industrieproduktion zu und die Einzelhandelsumsätze schrumpften nicht mehr. Die schwächere konjunkturelle Gangart sollte sich in den kommenden Monaten fortsetzen. Der *Markit/Credit Suisse Index*, der bis in die Sommermonate einen Höchststand verzeichnete, begann im September zu sinken. Der Index-Rückgang fiel jedoch deutlich schwächer aus als in anderen Ländern. Demzufolge sollte die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie vergleichsweise hoch bleiben. Der KOF-Geschäftslageindikator für die Schweizer Privatwirtschaft ist im November gestiegen. Damit markierte der Indikator zum ersten Mal wieder ein Plus, nachdem er zuvor drei Monate in Folge gesunken war. Die Geschäftslage hat sich insbesondere in der Güterverarbeitenden Industrie sowie im Einzelhandel verbessert.

Nach dem kräftigen BIP-Wachstum im Jahr 2017 setzte sich der Aufschwung in den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** im ablaufenden Jahr fort. In den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) expandierte das BIP im Durchschnitt um voraussichtlich 4.4 %. Damit wuchs die Wirtschaft in diesen Ländern nach wie vor rascher als das Produktionspotenzial. Dabei stützte die expansive Geld- und Fiskalpolitik die Konjunktur. Die solide Entwicklung der Inlandsnachfrage, insbesondere des privaten Konsums, trug die Wirtschaftsdynamik.

Die kräftige Wirtschaftsentwicklung dürfte sich in den nächsten zwei Jahren mit einem leicht abgeschwächten Tempo fortsetzen. Die verstärkte Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben wird zusammen mit dem privaten Konsum das Wachstum tragen. Dabei wirkt die dynamische Entwicklung der Privatkredite unterstützend. Eine abnehmende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und ein qualifikationsbezogener Mis-Match führen zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt. In Tschechien und in Ungarn schränkt das fehlende Arbeitskräfteangebot die Produktion zunehmend ein. In Bulgarien, Kroatien und Rumänien verschärft die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte den Fachkräftemangel. Infolgedessen legen die Nominallöhne kräftig zu. Allerdings steigen die Realeinkommen aufgrund der konjunkturbedingt zunehmenden Inflation nur moderat.

Nachlassende Fiskalimpulse und eine schwächere Auslandsnachfrage beginnen das konjunkturelle Umfeld jedoch zu trüben. Hinzu kommen das Risiko einer Eskalation der globalen

Handelsspannungen sowie die ungeklärten Modalitäten des Ausscheidens des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Insgesamt ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 in den Jahren 2019 und 2020 um 3.4 % bzw. 3.0 % zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich das BIP im ablaufenden Jahr um voraussichtlich 3.0 %. Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal und nahm um 2.4 % im Vorjahresvergleich zu. Der private Konsum, gestützt durch einen starken Anstieg der Realeinkommen, sowie die Investitionen und der öffentliche Konsum stützten das Wachstum. Die Nettoexporte trugen hingegen infolge steigender Importe von Konsum- und Investitionsgütern negativ zum BIP-Wachstum bei. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober lediglich 2.2 %. Infolge niedrigerer Lebensmittelpreise ging die Inflation auf 2.0 % im Oktober zurück. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge starker Investitionen und eines anhaltenden Konsumwachstums, gestützt durch weitere Lohnerhöhungen, um 3.0 % bzw. 2.5 % zunehmen.

In **Ungarn** expandierte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2018 um voraussichtlich 4.7 %. Im dritten Quartal erhöhte sich das BIP um 1.3 % gegenüber dem Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 5.2 % zu. Die Investitionen sowie der private und der öffentliche Konsum trugen das Wachstum. Der private Konsum erhöhte sich infolge kräftiger Lohnsteigerungen sowie der Zunahme von Sozialtransfers und Privatkrediten. Die Nettoexporte trugen hingegen aufgrund einer deutlichen Abkühlung in der deutschen Automobilindustrie negativ zum Wachstum bei. Die Inflation beschleunigte sich seit Jahresmitte infolge steigender Ölpreise und belief sich im Oktober auf 3.9 %. Die Arbeitslosenquote betrug im September lediglich 3.7 %. Die dynamische Investitionstätigkeit wird in der Prognoseperiode zusammen mit dem privaten Konsum das Wachstum tragen. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und ein langsamerer Anstieg der Realeinkommen, bedingt durch die steigende Inflation, könnten hingegen dämpfend wirken. Somit dürfte die Wirtschaftsleistung in den nächsten zwei Jahren um 3.2 % bzw. 2.5 % zunehmen.

In **Polen** hat das BIP-Wachstum im ablaufenden Jahr voraussichtlich 5.0 % betragen. Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung mit 5.7 % zum Vorjahresquartal sehr kräftig, zum Vorquartal legte das BIP um 1.7 % zu. Diese Entwicklung war auf eine starke Zunahme des privaten Konsums infolge stark steigender Löhne, Beschäftigung und Sozialtransfers zurückzuführen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Bedingt durch kräftig steigende Importe trugen die Nettoexporte negativ zum BIP-Wachstum bei. Trotz einer starken BIP-Zunahme blieb die Inflation niedrig und betrug im Oktober lediglich 1.5 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag mit 3.8 % um 0.7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Infolge der starken Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den nächsten zwei Jahren um 3.5 % bzw. 3.2 % zunehmen. Dämpfend dürften die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt infolge der Senkung des Pensionsantrittsalters wirken, dem dürfte allerdings die zunehmende Zuwanderung von Fachkräften aus der Ukraine entgegenwirken.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ablaufenden Jahr um voraussichtlich 4.0 %. Im dritten Quartal nahm das BIP um 4.5 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres und um 1.1 % gegenüber dem Vorquartal zu. Das BIP-Wachstum wurde vom öffentlichen und privaten Konsum, infolge von Lohnerhöhungen und einer Zunahme der Privatkredite, getragen. Nach dem starken Anstieg im Vorquartal waren die Investitionen rückläufig, während der Lageraufbau kräftig zunahm. Die Inflationsrate ging im Oktober auf 2.5 % zurück. Die

Arbeitslosenquote betrug 6.6 % und lag damit um 1.1 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Durch den Aufbau neuer Produktionskapazitäten in der Automobilindustrie sowie weitere öffentliche Infrastrukturinvestitionen wird die slowakische Wirtschaft im Prognosezeitraum zusätzliche Impulse bekommen. Eine Eskalation der globalen Handelsspannungen insbesondere im Automobilssektor könnte das Wachstum jedoch dämpfen. Die Wirtschaftsleistung wird somit im nächsten Jahr um 4.0 % wachsen. Im Einklang mit der Abschwächung der internationalen Konjunktur wird für 2020 ein BIP-Wachstum von 3.2 % erwartet.

In **Slowenien** nahm das BIP im ablaufenden Jahr um voraussichtlich 4.5 % zu. Im dritten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung um 1.3 % zum Vorquartal bzw. 5.0 % im Vorjahresvergleich. Sowohl die Nettoexporte als auch der öffentliche Konsum und die Anlageinvestitionen waren die Wachstumstreiber. Der private Konsum stagnierte. Im Oktober betrug die Inflationsrate 2.3 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich infolge der robusten Konjunktur und betrug 5.2 %. Damit lag sie um 0.8 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP dürfte im nächsten Jahr um 3.4 % und im Jahr 2020 um 3.0 % expandieren. Die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften weiter zunehmen und zusammen mit dem Konsum zum BIP-Wachstum beitragen. Die schwächere Auslandsnachfrage und die hohe Unternehmensverschuldung könnten das Wachstum hingegen dämpfen.

Im Jahr 2018 hat das BIP-Wachstum in **Rumänien** voraussichtlich 4.0 % betragen. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich im dritten Quartal um 4.1 % im Vorjahresvergleich bzw. 1.9 % gegenüber dem Vorquartal. Während der private Konsum – infolge starker Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor, Steuersenkungen sowie der Zunahme der Privatkredite – und der Lageraufbau kräftig stiegen, nahmen die öffentlichen Investitionen infolge einer langsamen Absorption der EU-Mittel leicht ab. Der Beitrag der Nettoexporte war negativ, da sich der dynamische Konsum in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 4.0 %. Getrieben durch schnell wachsende Löhne sowie steigende Lebensmittel- und Energiepreise erhöhte sich die Inflation im Oktober auf 4.2 %. Aufgrund der angekündigten weiteren Pensions- und Lohnerhöhungen dürfte der private Konsum im nächsten Jahr der Haupttreiber der Konjunktur bleiben. Eine Zunahme der durch die EU kofinanzierten Infrastrukturprojekte dürfte die Investitionstätigkeit in der Prognoseperiode beleben. Infolgedessen dürfte 2019 und 2020 die Wirtschaftsleistung um 3.5 % bzw. 3.3 % expandieren.

In **Kroatien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ablaufenden Jahr um voraussichtlich 2.6 %. Im dritten Quartal nahm das BIP um 2.7 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal zu. Während der Konsum und die Investitionen moderat wuchsen, trugen die Nettoexporte negativ zum Wachstum bei. Im Oktober betrug die Inflationsrate 1.7 %, die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 8.1 % (-2.1 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit, steigender Realeinkommen, Steuersenkungen sowie günstiger Kreditbedingungen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch eine Belebung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 2.8 % bzw. 2.5 % expandieren.

Im ablaufenden Jahr hat das BIP-Wachstum in **Bulgarien** voraussichtlich 3.3 % betragen. Im dritten Quartal expandierte das BIP im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3.1 %, im Vorquartalsvergleich legte die Wirtschaftsleistung um 0.7 % zu. Die Expansion wurde vom privaten

und öffentlichen Konsum sowie den Investitionen getragen. Die Exporte gingen hingegen aufgrund der schwächeren Auslandsnachfrage (insbesondere aus der Türkei) stark zurück. Die Inflationsrate betrug im Oktober 3.6 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag im Oktober mit 5.4 % um 0.5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Konsum und die Investitionen werden in der Prognoseperiode die Wachstumsmotoren bleiben. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt auf eine dynamische Entwicklung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 3.5 % bzw. 3.0 % expandieren. Bulgarien beantragte im Sommer dieses Jahres, dem Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM) II beizutreten. Obwohl Bulgarien einen Großteil der im EU-Vertrag genannten Beitrittskriterien für die Währungsunion bereits erfüllt, ist das Land angehalten, weitere Strukturreformen zu implementieren, die Stabilität des Finanzsektors zu verbessern und das Bankensystem zu stärken, um die Chancen auf einen Beitritt zur Währungsunion zu erhöhen.

Im abgelaufenen Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung in **Russland** um 1.5 % expandiert haben. Im dritten Quartal nahm das BIP um lediglich 1.3 % im Vorjahresvergleich zu. Getragen wurde die moderate Zunahme des BIP von einer Expansion der Exporte, der Investitionen und des privaten Konsums. Ein anhaltender Arbeitskräftemangel, bedingt durch demografische Faktoren, führte zu einer niedrigen Arbeitslosigkeit. Diese betrug im September 4.5 %. Die beschlossene Anhebung des Pensionsantrittsalters sollte langfristig den Arbeitskräftemangel verringern und die Finanzierbarkeit des Pensionssystems sichern. Die Teuerungsrate ging kontinuierlich zurück und belief sich im Oktober auf 2.6 %. Infolge einer geplanten Anhebung der Mehrwertsteuersätze ist allerdings mit einem neuerlichen Anstieg der Inflation Anfang des nächsten Jahres zu rechnen. Die Investitions- und die private Konsumnachfrage dürfte in der Prognoseperiode zusammen mit den Nettoexporten die Konjunktur tragen. Da die Geld- und Fiskalpolitik restriktiv bleibt, wird aber nur mit einer langsamen Zunahme der Wirtschaftsdynamik gerechnet. Große Ölpreisschwankungen sowie eine Abschwächung der internationalen Konjunktur könnten das Wachstum dämpfen. Insgesamt ist für die Jahre 2019 und 2020 ein Anstieg des BIP um 1.5 % bzw. 1.8 % zu erwarten.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
Welthandel	1.5	4.7	3.5	3.2	3.2
BIP, real					
Deutschland	2.2	2.2	1.5	1.5	1.6
Italien	1.1	1.6	1.0	0.9	0.9
Frankreich	1.2	2.2	1.6	1.6	1.6
Vereinigtes Königreich	1.8	1.7	1.3	1.2	1.2
Schweiz	1.6	1.6	2.8	1.7	1.7
USA	1.6	2.2	2.9	2.5	1.8
Japan	1.0	1.7	0.9	1.0	0.7
China	6.7	6.9	6.6	6.2	6.0
Polen	3.1	4.8	5.0	3.5	3.2
Slowakei	3.1	3.2	4.0	4.0	3.2
Tschechien	2.5	4.3	3.0	3.0	2.5
Ungarn	2.3	4.1	4.7	3.2	2.5
Slowenien	3.1	4.9	4.5	3.4	3.0
MOEL-5*	2.9	4.5	4.4	3.4	3.0
Bulgarien	3.9	3.8	3.3	3.5	3.0
Rumänien	4.8	7.3	4.0	3.5	3.3
Kroatien	3.5	2.9	2.6	2.8	2.5
Russland	-0.2	1.5	1.5	1.5	1.8
Euroraum	1.9	2.4	1.9	1.7	1.6
NMS-6*	3.2	4.9	4.3	3.3	3.0
EU-28	2.0	2.4	2.0	1.7	1.6
OECD	1.8	2.5	2.4	2.1	1.8
Welt	3.3	3.7	3.7	3.5	3.4
Österreichische Exportmärkte	3.4	5.4	4.0	4.2	4.0
USD/EUR Wechselkurs**	1.11	1.13	1.18	1.16	1.18
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**	45.0	54.8	72.0	68.0	68.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

* MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

** absolute Werte

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** profitierte im ablaufenden Jahr von einem noch relativ günstigen internationalen Umfeld. Insbesondere die hohe Wachstumsdynamik in Mittel- und Osteuropa begünstigte die österreichischen Exporte. Allerdings wurde der konjunkturelle Höhepunkt bereits zu Jahresbeginn überschritten. Im Jahresverlauf verzeichnete die Güterverarbeitende Industrie weltweit eine Abkühlung. Dies übertrug sich zum Teil auf die österreichischen Warenexporte. Im nächsten Jahr werden die zunehmend protektionistischen Tendenzen in der Weltwirtschaft den globalen Handel verstärkt beeinträchtigen. Das sinkende Unternehmensvertrauen und die damit im Zusammenhang stehende Nachfrageabschwächung nach Investitionsgütern werden voraussichtlich auch die österreichischen Warenexporte dämpfen. Die Reiseverkehrsexporte profitieren weiterhin von der günstigen Einkommenslage der Haushalte in den Nachbarländern. Die Exportpreise werden nicht mehr so stark steigen.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sind im dritten Quartal im Jahresabstand um 6.4 % gestiegen. Die Exporte in den Euroraum legten um 6.8 % zu. Auch die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion blieben mit einem Wachstum von 6.0 % nach wie vor dynamisch. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im dritten Quartal die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen mit 6.7 % das stärkste Wachstum auf. Die Exporte von Vorleistungen und Fertigwaren wuchsen um 5.3 %. Nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte sind die Exporte von chemischen Erzeugnissen mit 4.7 % deutlich gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2018 ist mit einer nominellen Exportzunahme von 6.3 % zu rechnen. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte sich das Exportwachstum auf 5.3 % bzw. 4.5 % abschwächen. Die Warenimporte werden aufgrund der robusten Binnennachfrage und des hohen Importgehalts der Exporte im Jahr 2018 voraussichtlich um 5.1% wachsen. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte das Wachstum auf 4.9 % bzw. 4.1 % zurückgehen.

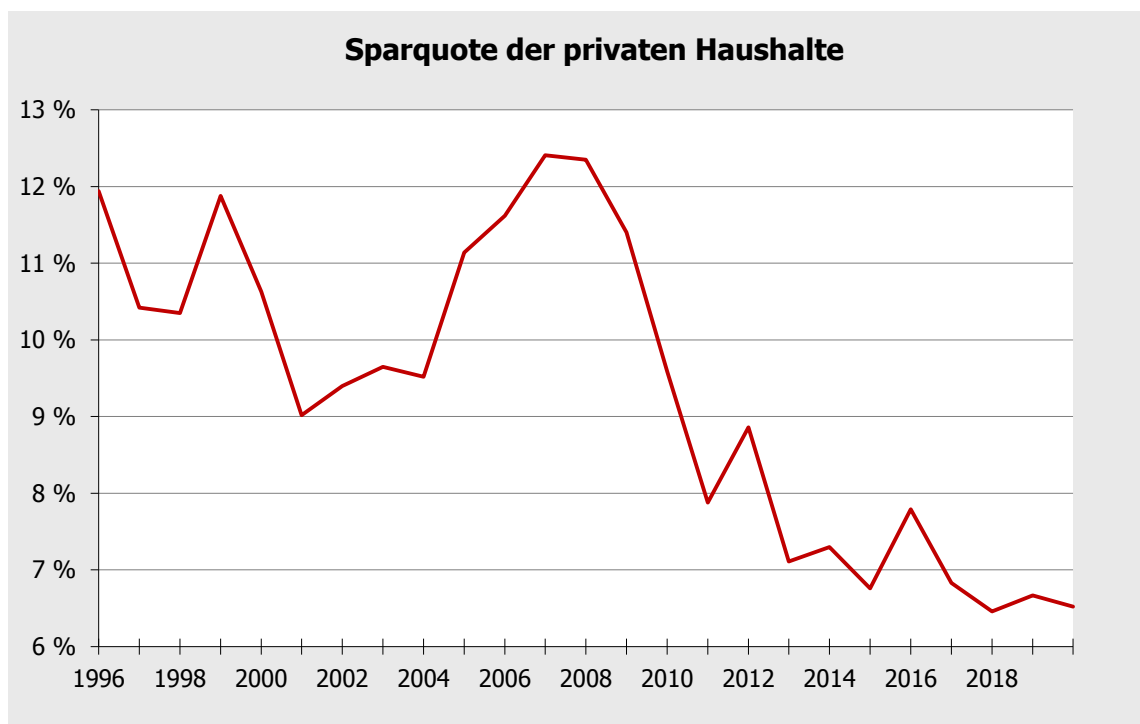
Der österreichische Fremdenverkehr verzeichnete in den Monaten Jänner bis Oktober ein Plus von 6.2 % bei den Nächtigungen von Ausländern. Einen starken Zuwachs gab es bei Nächtigungen deutscher Reisender. Das stärkste Wachstum geht jedoch auf das Geschäft mit Urlaubern aus den USA, Osteuropa und Asien zurück. Im abgelaufenen Jahr dürfte die international günstige Einkommensentwicklung einen positiven Einfluss auf die österreichische Tourismusindustrie gehabt haben. Ein sinkendes Konsumentenvertrauen in den Nachbarländern könnte jedoch die Nächtigungsentwicklung in der österreichischen Tourismusindustrie in den kommenden Jahren etwas dämpfen. Demnach dürften die Reiseverkehrsexporte im Jahr 2018 um 4.8 % zugelegt haben. In den Jahren 2019 und 2020 dürfte sich der Zuwachs auf 3.8 % bzw. 3.3 % abschwächen. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2019 und 2020 jeweils ein Anstieg um 2.5 % erwartet, nach 6.8 % im Jahr 2018.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR werden in den Jahren 2019 und 2020 mit 3.7 % bzw. 3.2% langsamer zulegen, nach 4.4 % im Jahr 2018. Das Wachstum der realen Warenexporte dürfte in den Jahren 2019 und 2020 4.0 % bzw. 3.5 % betragen, nach 5.0 % im Jahr 2018. Die realen Importe werden in den Jahren 2019 und 2020 um 3.4 % bzw. 3.0 % wachsen, nach 3.0 % im Jahr 2018. Die realen Warenimporte werden in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich um 3.6 % bzw. 3.1 % wachsen. Im Jahr 2018 betrug der Zuwachs wohl 2.8 %.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

In der ersten Hälfte des ablaufenden Jahres war die Konsumnachfrage der österreichischen Haushalte sehr lebhaft, beruhigte sich dann im dritten Quartal etwas und scheint in der Folge wieder zu erstarren. Traditionell sind ja gerade die Monate vor Weihnachten für den privaten Konsum sehr wichtig. Kurzfristige Einschätzungen des Konsumverhaltens orientieren sich heuer vor allem an den monatlich ausgewiesenen Umsätzen im Einzelhandel und verwandten Vorlaufindikatoren. Vorziehkäufe in Zusammenhang mit der neuen weltweiten Norm für Abgasmessungen (WLTP) und eine darauffolgende Lücke lassen hingegen die Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen derzeit als unsicheren Indikator erscheinen. Die sich auch im kommenden Jahr deutlich ausweitenden Haushaltseinkommen sollten insgesamt ein Fortleben des ausgabenfreudigen Bildes stützen.

Der **private Konsum** wächst im ablaufenden Jahr inflationsbereinigt um 1.8 %, was die stärkste Zuwachsrate seit dem Jahr 2006 darstellt. Da die Realeinkommen gleichzeitig um 1.4 % expandieren, ergibt sich ein Rückgang der Haushalts-Sparquote auf 6.5 %. Im kommenden Jahr werden dann die Realeinkommen um 1.7 % zulegen, wobei hier die Entlastung durch den Familienbonus wirksam wird, 2020 dann um 1.2 %. Die Haushalte folgen dieser Entwicklung in ihren Ausgaben insgesamt und lassen diese um 1.5 % bzw. 1.4 % ansteigen, also mit leichter Glättung der Dynamik. Damit stellt der private Konsum im gesamten Prognosezeitraum eine solide Konjunkturstütze dar.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Die Grafik zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Diese Kenngröße bewegt sich im Prognosezeitraum auf einem historisch niedrigen Niveau von 6 bis 7 %. Die Vermutung verstärkt sich, dass der Normalwert der Haushaltssparquote in der Folge der globalen Finanzkrise

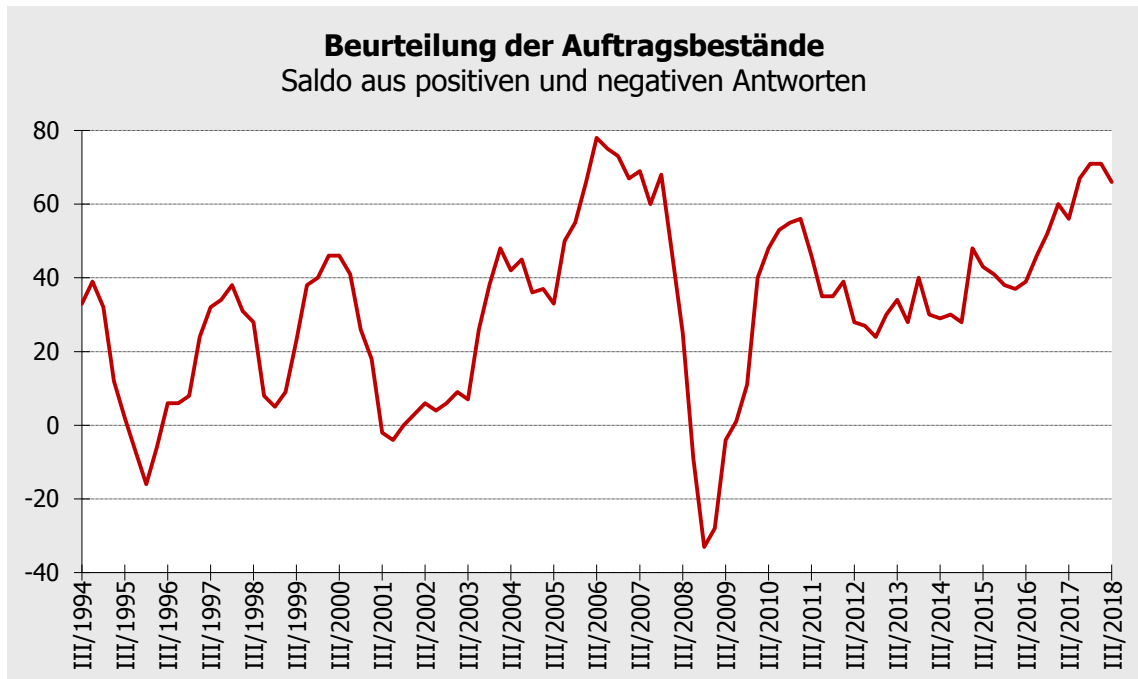
nachhaltig abgesunken ist. Laut der empirischen Analyse des Instituts reagiert die Haushaltssparquote empfindlich auf die Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen und auf die erwartete Expansionsrate der Realeinkommen. In den ersten beiden Prognosejahren wachsen Lohn- und Gewinneinkommen parallel, und die Haushalte können sich einer fortgesetzt zufriedenstellenden Einkommensdynamik erfreuen. Erst 2020 legen die Nichtlohneinkommen eindeutig stärker zu, der Nachhalleffekt des Familienbonus im kommenden Jahr lässt allerdings die Sparquote etwas schrumpfen. Diese Abfolge von Effekten von unerwarteten zusätzlichen Haushaltseinkommen, ein Anstieg der Sparquote gefolgt von einem Rückgang, entspricht dem von Steuerreformen bekannten Muster. Er ist aber wegen der Form der politischen Maßnahme deutlich schwächer, da die zusätzlichen Einkommen die Zielgruppe sofort erreichen und relativ schnell verkonsumiert werden.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist zwar in der jüngsten Vergangenheit oft schneller gewachsen als der private Konsum, stagnierte aber im Vorjahr. Für das ablaufende Jahr weist das Institut noch eine recht starke Wachstumsrate von 1.8 % aus, für die Folgejahre dann 1.3 % und 1.5 %. Der Verlauf ist also annähernd parallel dem privaten Konsum, allerdings natürlich im kommenden Jahr nicht direkt vom Familienbonus begünstigt.

Die Investitionen waren im Jahr 2018 ein wesentlicher Treiber der Konjunktur. Nach dem aktuellen Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurden die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in geistiges Eigentum und sonstige Anlagegüter) in den ersten drei Quartalen im Vorjahresvergleich um 3.8 % ausgeweitet. Die Investitionen in Fahrzeuge stiegen dabei nur um 0.4 %, was vor allem auf einen kräftigen Rückgang im ersten Quartal zurückzuführen ist. In Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde um 6.3 %, in andere Maschinen und Ausrüstungsgüter um rund 4 %, in geistiges Eigentum um 4.5 % mehr investiert.

Für den Prognosezeitraum stellen sich die Rahmenbedingungen für die Ausrüstungsinvestitionen günstig dar, wenn auch nicht mehr so vorteilhaft wie im ablaufenden Jahr. Der Höhepunkt des Investitionszyklus dürfte überschritten sein. Dies zeigt sich in einer deutlichen Abschwächung der um jahreszeitlich übliche Einflüsse bereinigten Wachstumsrate sämtlicher Aggregate der Ausrüstungsinvestitionen mit Ausnahme der Investitionen in geistiges Eigentum im dritten Quartal. Auch die Produktionserwartungen und die Auftragseingänge der Industrieunternehmen lassen erwarten, dass die Sachkapitalbildung in den kommenden Monaten an Kraft verlieren wird. Die Beurteilung der Auftragsbestände ist zuletzt gesunken, und die Produktionserwartungen sind bereits seit Jahresbeginn in der Tendenz abwärts gerichtet. Hier wirken wohl der zunehmende Protektionismus in der Weltwirtschaft sowie die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs bremsend. Die Kapazitätsauslastung ist zwar nach wie vor um rund drei Prozentpunkte höher als im langjährigen Durchschnitt, ihren Höhepunkt im aktuellen Konjunkturzyklus hatte sie aber bereits im ersten Quartal 2018 erreicht. Von der Finanzierungsseite werden die Investitionen in den kommenden Jahren weiterhin angeregt. Die finanzielle Lage der Unternehmen ist aufgrund der hohen Konjunkturdynamik in den beiden vergangenen Jahren sehr gut. Die EZB strafft die geldpolitischen Zügel nur allmählich. Die Kreditkonditionen dürften auf absehbare Zukunft anregend bleiben. Gemäß der vierteljährlichen euroraumweiten Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) haben die

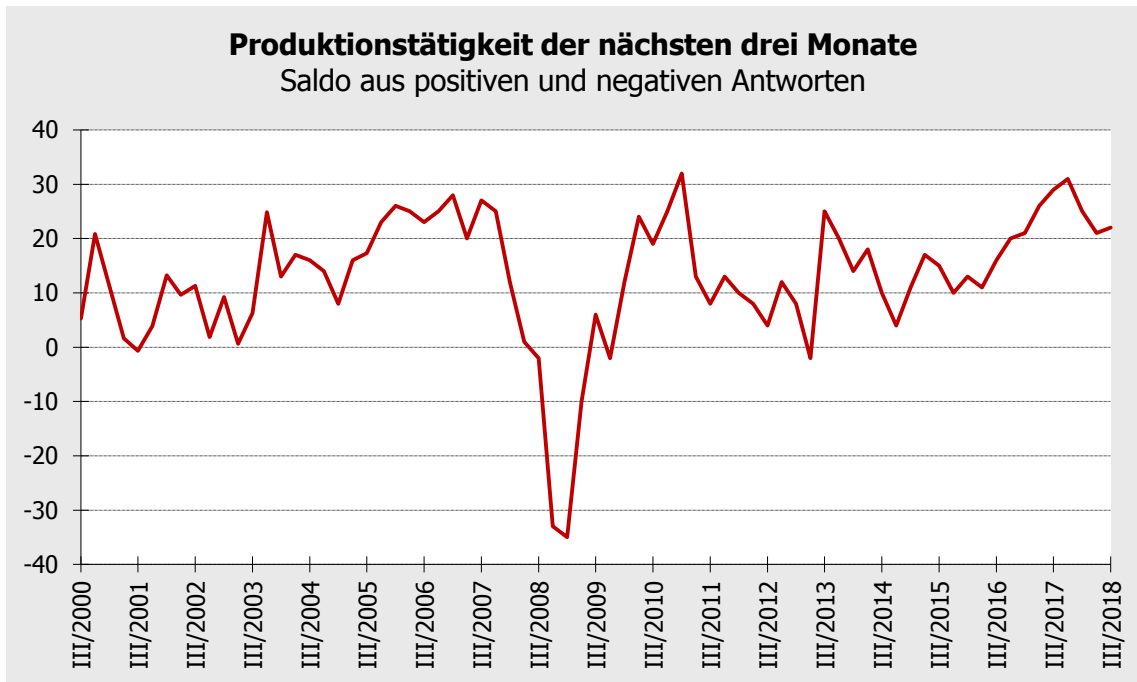
Geschäftsbanken in Österreich seit Mitte 2016 die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite kontinuierlich gesenkt. Alles in allem erwartet das Institut auf Basis der beschriebenen Rahmenbedingungen, dass sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 3.8 % im Jahresdurchschnitt 2018 auf 2.0 % im kommenden und 1.8 % im darauf folgenden Jahr abschwächen wird.



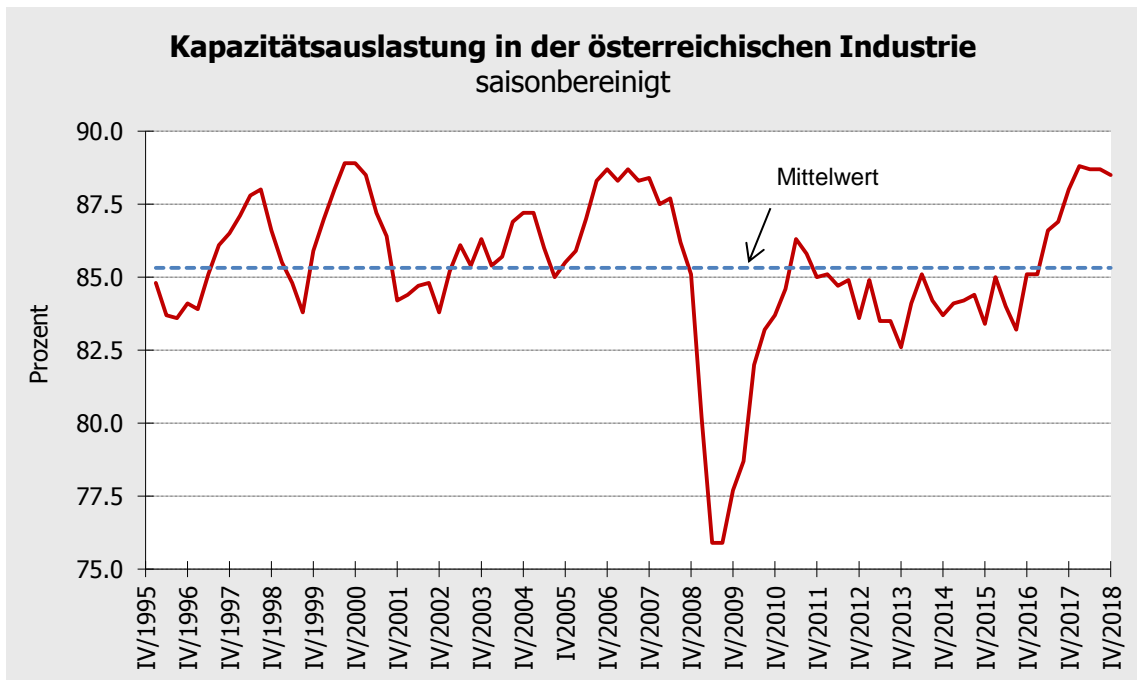
Quelle: Industriellenvereinigung

Der Anstieg der Ausrüstungsgüterpreise war in den ersten drei Quartalen 2018 ein wenig kräftiger als im vergangenen Jahr, mit 1.2 % aber nach wie vor deutlich niedriger als der Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe und darunter speziell für Nichteisen-Metalle sind bis Juli stark gestiegen, was zum Auftrieb der Preise für Ausrüstungsgüter beigetragen haben dürfte. Seit August sinken die Rohstoffpreise aber kräftig, was wohl auf die globale Konjunkturabkühlung zurückzuführen ist. Im Einklang mit der Erwartung hinsichtlich der Weltkonjunktur geht das Institut davon aus, dass die Preise für Industrierohstoffe stabil bis leicht rückläufig sein werden, sodass sich der Anstieg des Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen von 1.2 % im Jahresdurchschnitt 2018 auf jeweils 1.0 % in den Jahren 2019 und 2020 abschwächen wird.

Der bereits im vergangenen Jahr zu beobachtende kräftige Anstieg der **realen Bauinvestitionen** setzte sich im zu Ende gehenden Jahr fort. Im Durchschnitt der ersten neun Monate übertrafen die Wohnbauinvestitionen ihr Niveau aus dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2.7 % und die sonstigen Bauinvestitionen waren sogar um 3.5 % höher. In saisonbereinigter Betrachtung hat sich das Wachstum der Bauinvestitionen im dritten Quartal abgeschwächt.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die Wohnbauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum aufwärts gerichtet bleiben. Aufgrund der steigenden Einwohnerzahl erhöht sich der Bedarf an neuem Wohnraum. Dies zeigt sich nicht zuletzt im Auftrieb der Immobilienpreise, der bereits im Jahr 2017 kräftig war und sich im ersten Halbjahr 2018 weiter beschleunigte. Von erhöhten Anstrengungen im Klimaschutz profitieren Investitionen in

die thermische Gebäudesanierung. Die Baubewilligungen waren im ersten Halbjahr 2018 zwar niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach dem starken Anstieg in den Jahren 2016 und 2017 dürften allerdings viele genehmigte Bauvorhaben noch nicht umgesetzt worden sein. Für eine weiterhin lebhaft Bautätigkeit spricht auch der starke Anstieg der Auftragseingänge im Bauwesen. Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen stützen die Wohnbauinvestitionen weiterhin. Wie im Unternehmenskundengeschäft, sind auch im Privatkundenbereich die Kreditkonditionen günstig. Gemäß dem *bank lending survey* haben die Geschäftsbanken in Österreich die Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite seit dem Jahr 2017 immer weiter gelockert, so auch im dritten Quartal 2018.

Wie die Ausrüstungsinvestitionen, werden auch die Bauinvestitionen der Unternehmen von der dynamischen Nachfrage und den günstigen Eigen- und Fremdfinanzierungsbedingungen angeregt. Im Einklang mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung sollte sich aber auch bei den Unternehmensbauinvestitionen die Dynamik im Prognosezeitraum abschwächen. Der öffentliche Bau profitiert von der Verbesserung der Kassenlage der Gebietskörperschaften.

Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Bauinvestitionen in den Jahren 2019 und 2020 um 1.8 % bzw. 1.5 % ausgeweitet werden, nach 3.0 % im Jahresdurchschnitt 2018.

Der Preisauftrieb im Baubereich hat sich im ablaufenden Jahr weiter beschleunigt. Im Hochbau stiegen die Preise im Durchschnitt der ersten drei Quartale im Vorjahresvergleich um 3.8 %. Im Tiefbau war der Preisanstieg mit 1.3 % deutlich geringer, sodass sich für den gesamten Baubereich eine Steigerung um 2.7 % ergab. Der Preisindex der Bauinvestitionen erhöhte sich um 3.4 %. Der größte Teil der Baumaterialien verteuerte sich, wobei vor allem Baustahl sowie Produkte, die auf Erdöl basieren, markante Preisanstiege aufwiesen. Auch die Lohnkosten trugen zum Preisanstieg bei. Im Einklang mit der nachlassenden Dynamik der Baunachfrage sollte auch der Preisdruck zurückgehen. Das Institut erwartet, dass sich die Steigerung des Deflators der Bauinvestitionen von 3.3 % im ablaufenden Jahr auf 2.4 % im kommenden Jahr und 2.2 % im Jahr 2020 abschwächen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 3.4 % im zu Ende gehenden Jahr, 1.9 % im Jahr 2019 und 1.6 % im Jahr 2020. Nachdem die Lagerbestandsveränderungen im ablaufenden Jahr, dem aktuellen Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge, das Wirtschaftswachstum etwas gebremst haben, sollten sie in den beiden kommenden Jahren wachstumsneutral sein. Die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in Jahren 2019 und 2020 um 1.8 % bzw. 1.6 % ausgeweitet werden, nach 2.6 % im zu Ende gehenden Jahr.

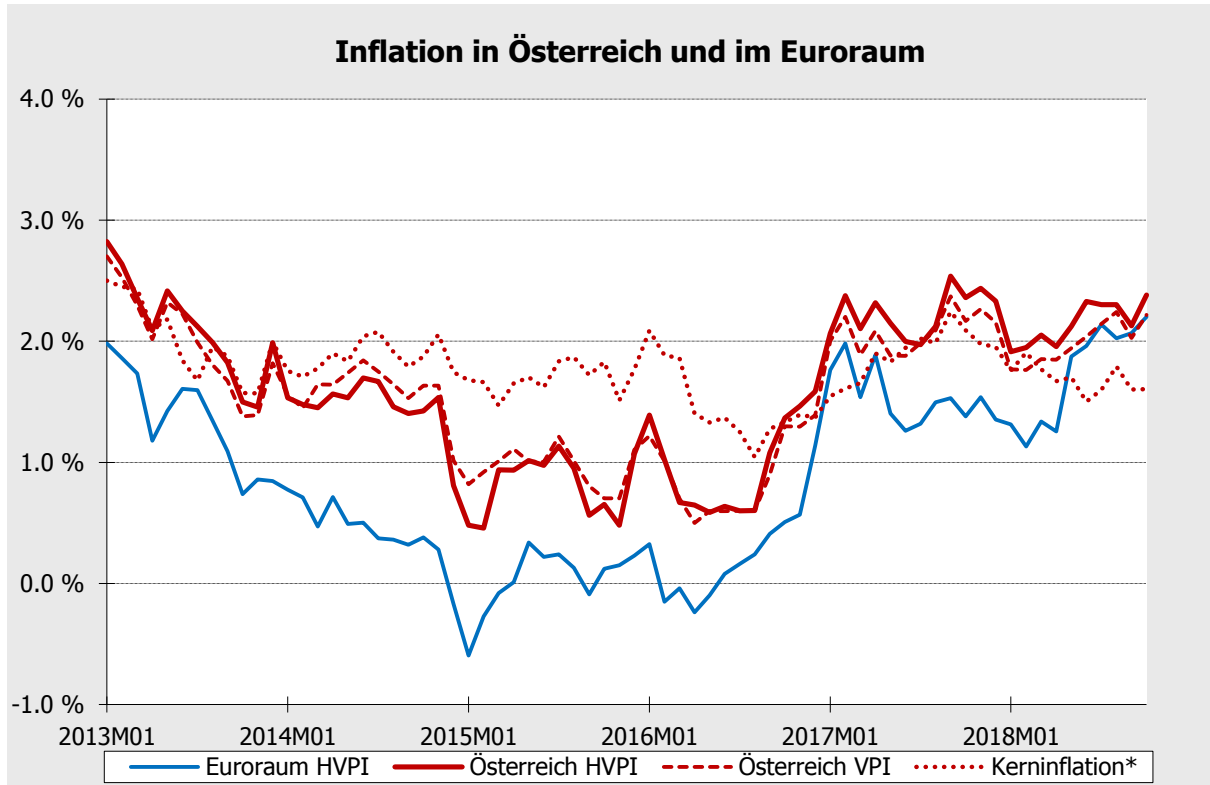
Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird sich über den Prognosezeitraum hinweg bis in das Jahr 2020 kontinuierlich verbessern. Diesem Trend liegt die Annahme einer unveränderten Politik für das Jahr 2020 zugrunde. Dies betrifft insbesondere die zu erwartende Steuerreform, die mangels Details nicht in diese Prognose einfließt.

Im Jahr 2018 wird das Budget nahezu ausgeglichen sein. Ursächlich hierfür sind vor allem die in Folge der guten konjunkturellen Lage deutlich gestiegenen Steuereinnahmen und die positive

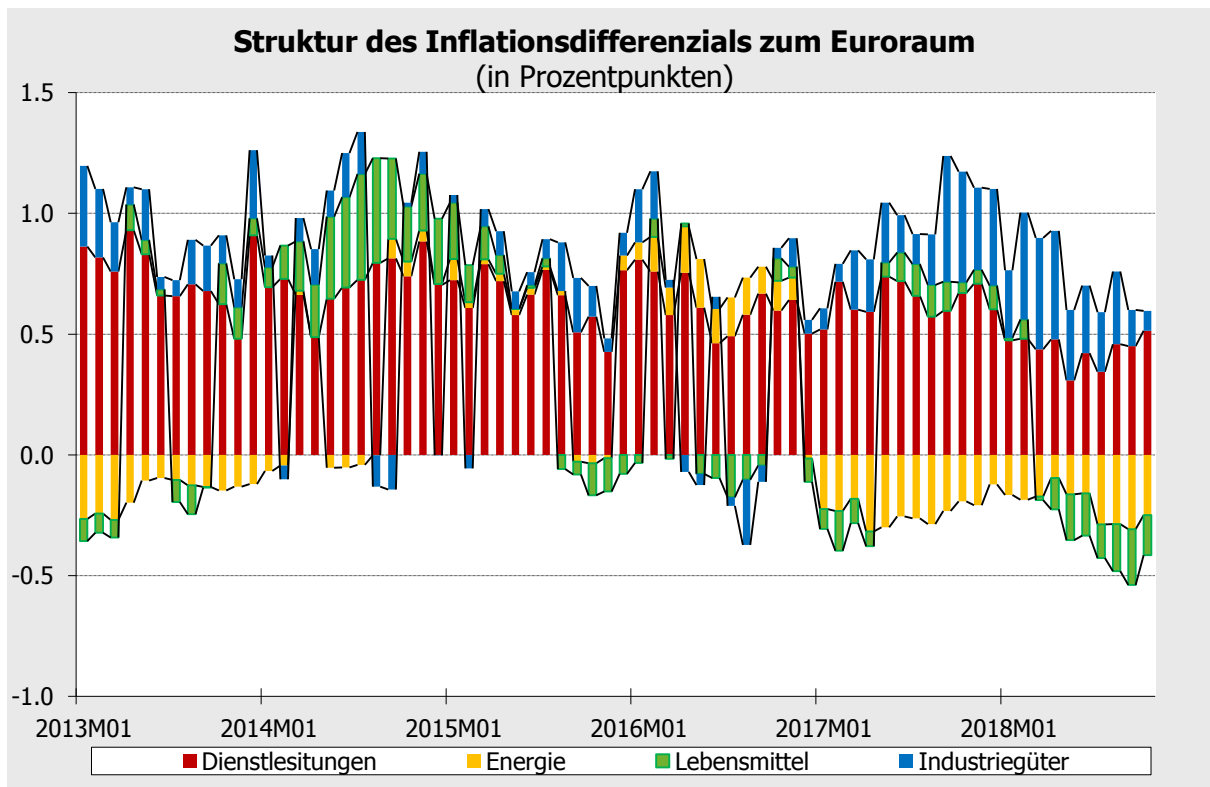
Entwicklung der Sozialbeiträge aufgrund des starken Beschäftigungswachstums. So liegen die Staatseinnahmen mit Ende Oktober 2018 um 4.5 % (2.7 Mrd. Euro) über den Vorjahreseinnahmen. Dem stehen ebenfalls mit Oktober 2018, im Vergleich zum Vorjahr, um 6.0 % (4 Mrd. Euro) verminderte Staatsausgaben gegenüber. Diese grundsätzliche Dynamik wird sich bis Jahresende nicht ändern und daher erwartet das Institut für das Jahr 2018 nur mehr ein minimales Defizit von 0.1 % des BIP. Immer noch grundsätzlich positive Konjunkturaussichten sowie eine sich stetig verbessernde Situation der Zinszahlungen auf die Staatsschuld, aufgrund auslaufender höher verzinsten Anleihen, werden die positive Entwicklung der Staatsausgaben auch in den Jahren 2019 und 2020 stützen. Dies wird dazu führen, dass die öffentlichen Haushalte erstmals seit 1974 wieder Budgetüberschüsse erwirtschaften. Diese werden im Jahr 2019 0.2 % des BIP und im Jahr 2020 0.4 % des BIP betragen.

Vor diesem Hintergrund wäre jetzt der geeignete Zeitpunkt, um Reformen zur Dämpfung der Ausgabendynamik in Gang zu bringen. Dies ist notwendig, um trotz nachlassender Konjunktur weitere finanzielle Spielräume zur Finanzierung der geplanten Steuerreform 2020 zu schaffen. Möglichkeiten zur Optimierung der Steuerstruktur sollten im Rahmen der Steuerreform 2020 genutzt werden, allerdings lassen sich über Effizienzgewinne alleine nicht die notwendigen Volumina für eine Steuerreform gewinnen. Auch aus konjunktureller Sicht wären gegenwärtig höhere Budgetüberschüsse von Vorteil, um Vorsorge für einen möglichen Abschwung zu treffen. Zudem müssen Potenziale zur Finanzierung der Kosten der Alterung (z.B. durch eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters) geschaffen werden und eine verstärkte Umschichtung konsumorientierter Ausgaben (z.B. außertourliche Pensionserhöhungen in den Jahren 2018 und 2019) hin zu zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Ausgaben (insbesondere Bildung und universitäre Forschung) stattfinden. Die Umsetzung von Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Pensionen und Föderalismus ist ausständig. Die Strukturreform im Bereich Gesundheit (Zusammenlegung der Sozialversicherungen) hat das Potenzial organisatorischer Effizienzgewinne, allerdings liegen diese monetär nicht in einem budgetär relevanten Bereich. Die für die Staatsfinanzen relevanten Strukturreformen des Gesundheitswesens (Finanzierung aus einer Hand) sind weiterhin ausständig.

Der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** dürfte im zu Ende gehenden Jahr 2.3 % betragen haben und damit etwas hinter dem der Tariflöhne (2.6 %) zurückbleiben. Bei einer Teuerung von 2.0 % (Konsumdeflator) impliziert dies einen Anstieg der Reallöhne um 0.3 % im Jahr 2018. Die vorliegenden Ergebnisse der Herbstlohnrunde liegen im Schnitt knapp ½ Prozentpunkt über denen des Vorjahres. Die Lohnabschlüsse beliefen sich auf 3.5 % in der Metallindustrie sowie auf 2.8 % im öffentlichen Dienst. Das Institut geht davon aus, dass die Effektivlöhne, in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Kollektivvertragsverhandlungen, im nächsten Jahr mit 2.7 % schneller wachsen als in diesem Jahr. Im Jahr 2020 dürfte das Tempo der Lohnerhöhung mit 2.5 % in etwa beibehalten werden. Damit entspricht die Reallohnsteigerung mit 0.7 % im nächsten bzw. 0.5 % im übernächsten Jahr in etwa dem Wachstum der Arbeitsproduktivität.



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, *Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in AT



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, pendelt seit knapp zwei Jahren um die 2-Prozent-Marke (1.8 % bis 2.4 %) und betrug im Oktober 2.2 %. Ein genauere Blick zeigt, dass sich die für den Preisauftrieb primär verantwortlichen Komponenten abwechseln. Während es zu Jahresbeginn noch die Teuerung bei Lebensmitteln und Industriegütern war, die verstärkt zur Inflation beitrug, trieben ab Mitte des Jahres die Energiepreise die Inflation. Deutlicher Preisdruck geht nach wie vor auch von den Dienstleistungspreisen aus. Alles in allem erwartet das Institut für das ablaufende Jahr eine Inflationsrate von 2.0 %. Die derzeitige Entspannung im Bereich der Lebensmittelpreise dürfte auch noch im kommenden Jahr weiter anhalten. Die angekündigte Aussetzung der Tabaksteueranhebung wirkt ebenfalls dämpfend. Der Beitrag zur Inflation seitens der Rohölpreise wird ab Mitte nächsten Jahres auslaufen, wobei die Teuerung bei den Strompreisen (aufgrund der Zonentrennung zwischen Österreich und Deutschland) diesen dämpfenden Effekt abschwächt. Die Anpassung der Richtwertmieten sowie das Auslaufen des Basiseffekts bei Flugreisen dürften den Preisauftrieb bei den Dienstleistungen beschleunigen. Auch das Anziehen der Löhne, die dem Konjunkturzyklus etwas zeitverzögert folgen, dürfte preistreibend wirken. Somit erwartet das Institut im Jahr 2019 eine Inflation von 2.1 %. Im Jahr 2020 wird die Teuerung mit 2.0 % ähnlich hoch ausfallen.

Für den Euroraum erwartet das Institut eine Inflationsrate von 1.8 % für dieses Jahr. In den Jahren 2019 und 2020 wird sie 1.7 % bzw. 1.6 % betragen. Somit wird sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum wieder etwas ausweiten. Die Gründe hierfür sind vor allem in den unterschiedlichen Gewichtungen des Warenkorb zu finden. Steigende Rohölpreise machen sich in Österreich aufgrund des geringeren Gewichts weniger bemerkbar und senken daher tendenziell das Differenzial. Da die Teuerung des Fasses Rohöl gemäß Annahme zur Jahresmitte 2019 ausläuft, ist ein wieder steigendes Differenzial zu erwarten. Da die Preise der höhergewichteten Dienstleistungen in Österreich im kommenden Jahr wieder anziehen dürften, sollte auch dieser Bereich den Inflationsabstand zum Euroraum geringfügig erhöhen.

Die Hochkonjunktur prägt die aktuelle Arbeitsmarktlage. Im ablaufenden Jahr ist die Beschäftigung äußerst kräftig gewachsen und die Arbeitslosenzahlen haben deutlich abgenommen. Für die nächsten beiden Jahre zeichnet die Arbeitsmarktprognose ein verhalten optimistisches Bild. Mit der Konjunkturverlangsamung dürfte sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus merklich abschwächen, aber doch so kräftig bleiben, dass bei weiter steigendem Arbeitskräfteangebot die Arbeitslosigkeit noch etwas zurückgeht. Ausgehend von 7.7 % könnte die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr auf 7.4 % fallen und 2020 auf diesem Niveau verharren. Vor dem Hintergrund der ausgezeichneten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ist aber festzuhalten, dass die Arbeitslosenquote auf einem historisch hohen Niveau bleibt und verstärkte arbeitsmarktpolitische Anstrengungen zur Bekämpfung des Mis-Matches (die Qualifikation der Arbeitslosen entspricht nicht dem Bedarf der Betriebe) notwendig erscheinen.

Seit Jahresbeginn ist die Beschäftigung äußerst kräftig angestiegen, das Tempo des Beschäftigungsanstiegs hat sich in den letzten Monaten kaum verlangsamt. So expandierte im November die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich um knapp 79,000 Personen bzw. 2.2 %. Dabei legte die Männerbeschäftigung geringfügig rascher zu als die der Frauen. Zwei Drittel der in Nettobetrachtung neu geschaffenen Jobs wurden von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, insbesondere aus den EU-Beitrittsländern der Jahre 2004 bzw. 2007, besetzt.

Die Beschäftigung expandierte in sektoraler Betrachtung weiterhin breitflächig. In der Sachgüterproduktion übertraf im November die Zahl der Arbeitsplätze den Vergleichswert des Vorjahres um 17,200 (2.8 %). Der Großteil des Beschäftigungsaufbaus entfiel auf den Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau (11,900). Deutlich gewachsen sind die Beschäftigtenstände auch in den Bereichen Metall (2,400), Chemie (1,700) und Nahrungsmittel (1,400); die Bereiche Elektro/Elektronik (-1,000) und Textil/Bekleidung (-300) bauten im Jahresabstand hingegen Arbeitsplätze ab. Die äußerst kräftige Baukonjunktur manifestierte sich in einem Beschäftigungsanstieg um 9,500 Personen bzw. 3.5 %. Im Dienstleistungssektor stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 50,100 bzw. 1.9 %. Mit 13,600 bzw. 11,600 Personen ergab sich in den Bereichen wirtschaftsnahe Dienstleistungen und öffentliche Verwaltung im weiteren Sinn (inklusive Gesundheit und Erziehung) der stärkste absolute Beschäftigungsanstieg im Jahresabstand. Deutliche Zuwächse verzeichneten auch die Bereiche Handel (7,800), Beherbergung/Gastronomie (5,000), Verkehr (4,900) sowie Information/Kommunikation (4,800). Die vorliegenden Daten aus der VGR-Quartalsrechnung deuten darauf hin, dass im bisherigen Jahresverlauf in Einklang mit der Entwicklung der Zahl der Beschäftigung auch das Arbeitsvolumen in Stunden kräftig zugelegt hat.

Im Jahresdurchschnitt 2018 hat die Beschäftigung um 90,000 Personen bzw. 2.5 % zugenommen. Das Umfeld für die Beschäftigungsnachfrage dürfte auch in den kommenden Monaten günstig bleiben. Die Zahl der offenen Stellen verzeichnet weiterhin einen kräftigen Zuwachs. Die konjunkturelle Abkühlung und die zunehmenden Probleme der Unternehmen, neue Beschäftigte zu rekrutieren, legen aber eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus nahe. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2019 eine Beschäftigungsausweitung um 1.2 % bzw. von 0.8 % im Jahr 2020.

Arbeitsmarktentwicklung 2018

	Jänner bis November (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	86,815	2.4%
Männer	50,726	2.6%
Frauen	36,090	2.1%
Aktiv-Beschäftigte*	88,663	2.5%
Primärer Sektor	1,447	2.0%
Sachgüterproduktion	18,685	3.1%
Bau	8,269	3.2%
Dienstleistungssektor	60,262	2.3%
Arbeitslose	-28,301	-8.4%
Männer	-18,038	-9.5%
Frauen	-10,264	-7.0%
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-3,079	-4.2%

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Im bisherigen Jahresverlauf hat die Zahl der Arbeitslosen deutlich abgenommen. Das Tempo des Abbaus der Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Monaten etwas verlangsamt, wobei allerdings die geringeren Schulungsaktivitäten des AMS zu beachten sind. Im November ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahresvergleich um 19,600 Personen bzw. 6.0 % gefallen. Die Arbeitslosigkeit der Männer (-7.8 %) ging dabei etwas stärker zurück als die der Frauen (-3.8 %). Traditionell reagieren die Beschäftigungschancen der Männer stärker auf Konjunkturschwankungen. Bei Berücksichtigung der zurückgefahrenen Schulungsaktivitäten des AMS belief sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 28,000 Personen. In sektoraler Hinsicht blieb die Arbeitslosigkeit in allen Bereichen rückläufig, die Unterschiede zwischen den zusammengefassten Wirtschaftsklassen sind gering. Die stärksten relativen Rückgänge gab es am Bau und bei den sonstigen Dienstleistungen.

Im ablaufenden Jahr hat sich der Abbau der Arbeitslosigkeit aufgrund der Hochkonjunktur fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 27,000 Personen bzw. 8.0 % ab. Das Institut geht davon aus, dass die positive Beschäftigungsdynamik bei etwas langsamer wachsendem Arbeitskräfteangebot dazu führt, dass die Arbeitslosenzahlen in den kommenden Monaten noch weiter fallen werden. Auch die saisonbereinigten Zahlen der Arbeitslosen (inklusive Schulungen) deuten auf eine weitere Reduktion der Arbeitslosigkeit. Das Tempo des Rückgangs dürfte sich allerdings merklich verlangsamen. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wird im Jahr 2019 voraussichtlich noch um knapp 10,000 Personen abnehmen und im Jahr 2020 stagnieren. Die Arbeitsmarktprognose unterstellt eine Abnahme der Personen in Schulungsmaßnahmen um knapp 10 % für das Jahr 2019. Somit dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 auf 7.4 % fallen und im Folgejahr auf diesem Niveau verharren. Ausgehend von 5.5 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition im ablaufenden Jahr auf 4.9 % zurückgehen und im restlichen Prognosezeitraum auf dem Wert von 4.8 % verharren.

Die Arbeitsmarktlage hat sich seit dem Jahresbeginn 2016 erfreulich entwickelt. Das historisch hohe Niveau der Arbeitslosenquote, die weiterhin beträchtliche Langzeitarbeitslosigkeit sowie die zunehmenden Probleme der Unternehmen, Vakanzen besetzen zu können, deuten jedoch auf strukturelle Schwächen am österreichischen Arbeitsmarkt hin. Die vorliegenden Daten legen nahe, dass qualifikatorischer Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, vorliegt. Bei einigen Berufen, etwa im Tourismus, bestehen auch regionale Diskrepanzen. Verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der Arbeitslosen und der regionalen Mobilität wären daher notwendig.

Das Institut sieht es als positiv, dass die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht stärker gekürzt wurden. Seit 2016 ist die Arbeitslosenzahl merklich gefallen und auch die Langzeitarbeitslosigkeit geht aktuell zurück. In längerfristiger Betrachtung ist die Zahl der Arbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen jedoch kräftig gestiegen. So ist etwa die Anzahl der als arbeitslos gemeldeten Langzeitbeschäftigungslosen von 41,000 im Jahr 2007 auf 119,000 geklettert. Der Anteil an den Arbeitslosen hat sich mit einem Anstieg von 18.4 % auf 35.1 % fast verdoppelt. Es ist äußerst schwierig, verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen. Aus Sicht des Instituts sollte daher der „präventiven“ Arbeitsmarktpolitik, die bereits beim Entstehen der Arbeitslosigkeit ansetzt, eine stärkere Rolle zukommen. Hierbei wären etwa unterstützende

Reformen im Bildungsbereich angesagt. Wie vom Institut immer wieder festgestellt, zeigt die wissenschaftliche Forschung Potenzial für große soziale Renditen bei Maßnahmen im „Frühkindalter“. Ein Ausbau der Frühkindförderung, insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten, wird daher vorgeschlagen. Stärkere Förderungen im Pflichtschulbereich könnten die Kompetenzen der Jugendlichen erhöhen und damit ebenfalls frühzeitig potenziellen Arbeitsmarktproblemen entgegenwirken. Im Rahmen der geplanten Steuerreform sollte auch die Belastung des Faktors Arbeit reduziert und damit die Beschäftigungsnachfrage gekräftigt werden.

Kritisch sind die Einschränkungen bei den Integrationsmaßnahmen für Asylberechtigte zu sehen. Verstärkte Anreize zum Spracherwerb für Asylberechtigte sind positiv. Kürzungen der Finanzierung von Maßnahmen, die zu einer Anerkennung vorhandener Qualifikationen der Zuwanderer am österreichischen Arbeitsmarkt führen (Kompetenzchecks, Nostrifikation, Kurzlehren, etc.), erscheinen hingegen nicht adäquat. Bei den Asylberechtigten mit geringen Qualifikationen wären Qualifizierungsprogramme für eine langfristig erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt notwendig.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März 2016 unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagefazilität bei -0.40 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie über die Mindestreserve hinaus Geld bei der EZB anlegen. In der Schweiz und in Japan gab es im laufenden Quartal ebenfalls keine Änderungen der Leitzinsen. Das Zielband des 3-Monats-Libor in der Schweiz beträgt -1.25 % bis -0.25 %, der japanische Leitzinssatz liegt bei -0.1 %. Im Vereinigten Königreich und in den USA stehen die geldpolitischen Entscheidungen im gegenwärtigen Quartal noch aus – in den USA könnte es dabei zu einer weiteren Zinserhöhung kommen. Gegenwärtig liegt der Leitzins im Vereinigten Königreich bei 0.75 %, die Spanne für den Zielsatz für Taggeld in den USA beträgt 2 % bis 2.25 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist in den vergangenen Monaten um 2.1 % gependelt und bewegte sich damit marginal oberhalb der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im September, Oktober und November betrug die Inflation im Euroraum 2.1 %, 2.2 % bzw. 2.0 %. Für den Jahresdurchschnitt 2018 wird mit einem Wert von 1.8 % gerechnet. Die Leitzinsen im Euroraum könnten ab Herbst 2019 wieder angehoben werden. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich nach wie vor deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
Ende 2016	0	0.5 – 0.75	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1
Ende 2017	0	1.25 – 1.5	0.5	-1.25 – -0.25	-0.1
17.12.2018	0	2 – 2.25	0.75	-1.25 – -0.25	-0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters

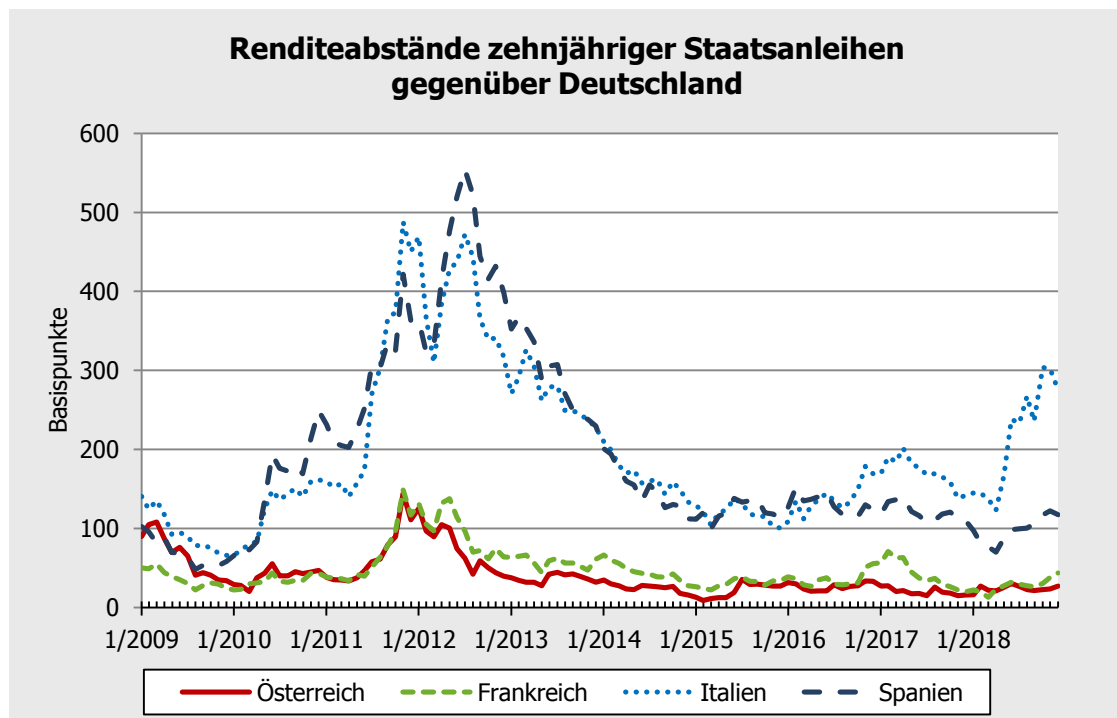
In seiner Dezember-Sitzung hat der EZB-Rat bestätigt, dass die Leitzinsen im Euroraum zumindest bis über den Sommer 2019 hinaus auf ihren gegenwärtig niedrigen Niveaus bleiben werden. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so wird das gegenwärtige Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem monatlichen Volumen von 15 Mrd. Euro im Dezember beendet. Auch nach dem Ende der Nettokäufe werden allerdings, wie auch schon bisher, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Ankaufprogramms erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit wieder veranlagt. Zum ersten Mal wurde diesbezüglich kommuniziert, dass die Reinvestitionen auch für einen längeren Zeitraum nach dem Zeitpunkt andauern sollen, zu dem die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt. Insgesamt hat die EZB seit Beginn des Ankaufprogramms Wertpapiere im Wert von rund 2,6 Billionen Euro erworben.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum notieren weiterhin im negativen Bereich und haben sich in den vergangenen Monaten nicht verändert. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im vierten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal praktisch konstante Zinsen bedeutet. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal hat sich der 3-Monats-Euribor kaum verändert. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut zunächst weitgehend konstante Geldmarktzinsen. Erst im Laufe des kommenden Jahres könnten die Geldmarktzinsen leicht zu steigen beginnen. Die

Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2018, 2019 und 2020 beträgt -0.3 %, -0.1 % bzw. 0.2 %.

Die Renditen von Staatsanleihen haben sich im abgelaufenen Quartal nur geringfügig verändert. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im Schlussquartal 2018 zu durchschnittlich 0.6 % bzw. 0.4 %. Dies bedeutet nahezu konstante Renditen im Vergleich zum Vorquartal. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal haben sich die Renditen kaum verändert.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Insbesondere die Spreads (Renditeabstände) von Italien haben sich in Folge der angekündigten expansiven Fiskalpolitik deutlich ausgeweitet.



Quelle: Thomson Reuters (Monatsdurchschnitte)

Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2018, 2019 und 2020 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.7 %, 1.0 % bzw. 1.2 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des vierten Quartals 2018 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1.14 USD/EUR und ist damit gegenüber dem Vorquartal um rund 2 % gesunken. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat der Euro ebenfalls an Wert verloren, und zwar um etwa 3 %. Für die Jahre 2018, 2019 und 2020 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.18 USD/EUR, 1.16 USD/EUR bzw. 1.18 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2018, 2019 und 2020 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 4.2 %, 3.8 % bzw. 2.8 % steigen. Die Spareinlagen hingegen dürften weiter zurückgehen und im Prognosezeitraum um 1.4 %, 1.9 % bzw. 1.8 % schrumpfen. Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 2.8 %, 1.2 % bzw. 0.8 %. Diese Zahlen bedeuten keine allzu starken Veränderungen im Vergleich zur Oktober-Prognose.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	306.696 0.0%	308.724 0.7%	312.252 1.1%	318.621 2.0%	326.749 2.6%	335.570 2.7%	341.248 1.7%	346.634 1.6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	323.910 1.6%	333.146 2.9%	344.259 3.3%	356.238 3.5%	369.899 3.8%	386.380 4.5%	400.634 3.7%	414.436 3.4%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	105.613 1.6%	107.911 2.2%	110.250 2.2%	111.806 1.4%	113.206 1.3%	115.141 1.7%	117.403 2.0%	119.560 1.8%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	100.900 0.9%	103.000 2.1%	105.060 2.0%	107.266 2.1%	109.412 2.0%
ARBEITNEHMERENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	45.555 2.1%	46.490 2.1%	47.455 2.1%	48.544 2.3%	49.196 1.3%	50.328 2.3%	51.687 2.7%	52.979 2.5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3573.088 2.0%	3662.415 2.5%	3706.364 1.2%	3734.162 0.8%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	8.509 -0.550	7.710 -0.799	7.429 -0.281	7.390 -0.040

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	161.150 -0.1%	161.639 0.3%	162.311 0.4%	164.565 1.4%	166.934 1.4%	169.936 1.8%	172.467 1.5%	174.889 1.4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61.171 0.8%	61.684 0.8%	62.181 0.8%	63.296 1.8%	64.225 1.5%	64.803 0.9%	65.451 1.0%	66.105 1.0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	69.847 1.6%	69.565 -0.4%	71.150 2.3%	74.232 4.3%	77.138 3.9%	79.770 3.4%	81.275 1.9%	82.605 1.6%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	2.445 0.8	2.892 0.9	3.424 1.1	3.516 1.1	4.959 1.5	4.459 1.3	4.459 1.3	4.459 1.3
INLANDSNACHFRAGE	294.832 0.0%	296.697 0.6%	299.961 1.1%	307.073 2.4%	315.367 2.7%	321.097 1.8%	325.791 1.5%	330.210 1.4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	11.881 3.9	12.119 3.9	12.434 4.0	11.638 3.7	11.414 3.5	14.502 4.3	15.488 4.5	16.453 4.7
BIP ZU MARKTPREISEN	306.696 0.0%	308.724 0.7%	312.252 1.1%	318.621 2.0%	326.749 2.6%	335.570 2.7%	341.248 1.7%	346.634 1.6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
PRIVATER KONSUM	-0.042	0.160	0.218	0.722	0.744	0.919	0.754	0.710
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.150	0.168	0.161	0.357	0.291	0.177	0.193	0.192
BRUTTOINVESTITIONEN	-0.173	0.165	0.750	1.003	1.365	0.655	0.448	0.391
ANLAGEINVESTITIONEN	0.351	-0.092	0.513	0.987	0.912	0.805	0.448	0.390
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0.489	0.146	0.172	0.029	0.453	-0.153	0.000	0.000
EXPORTE I.W.S.	0.341	1.544	1.939	1.515	2.624	2.557	2.137	1.926
WAREN	-0.315	1.120	1.377	0.871	1.972	2.078	1.700	1.521
DIENSTLEISTUNGEN	0.641	0.424	0.559	0.625	0.661	0.503	0.456	0.421
IMPORTE I.W.S.	-0.342	-1.467	-1.837	-1.770	-2.695	-1.612	-1.843	-1.643
WAREN	0.757	-0.815	-1.563	-1.268	-1.697	-1.141	-1.468	-1.288
DIENSTLEISTUNGEN	-1.110	-0.647	-0.284	-0.497	-0.963	-0.464	-0.382	-0.360
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0.026	0.661	1.143	2.040	2.551	2.700	1.692	1.578

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
HAUSHALTSSPARQUOTE	7.1	7.3	6.8	7.8	6.8	6.5	6.7	6.5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.7	0.2	-0.5	1.0	-1.0	-0.4	0.2	-0.2
INVESTITIONSQUOTE	23.0	22.7	22.7	23.2	23.6	23.9	23.8	23.8
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.4	-0.4	0.0	0.5	0.4	0.3	0.0	-0.1
REALZINSSATZ	0.37	-0.70	-1.42	-1.04	-0.69	-1.01	-0.99	-0.60
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.13	-1.06	-0.73	0.38	0.35	-0.32	0.02	0.40
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	97.77 2.1%	99.20 1.5%	100.00 0.8%	100.97 1.0%	103.22 2.2%	105.39 2.1%	107.60 2.1%	109.75 2.0%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	42.203 0.0%	42.224 0.1%	42.458 0.6%	42.862 1.0%	42.692 -0.4%	42.818 0.3%	43.112 0.7%	43.323 0.5%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	9.043 -0.6%	9.039 0.0%	9.054 0.2%	9.097 0.5%	9.145 0.5%	9.163 0.2%	9.207 0.5%	9.283 0.8%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	120.028 2.8%	122.542 2.1%	124.874 1.9%	127.136 1.8%	128.173 0.8%	130.866 2.1%	133.749 2.2%	135.975 1.7%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5.4 0.5	5.6 0.2	5.7 0.1	6.0 0.3	5.5 -0.5	4.9 -0.6	4.8 -0.1	4.8 0.0
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% des BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.9 0.2	-2.7 -0.8	-1.0 1.7	-1.6 -0.5	-0.8 0.8	-0.1 0.7	0.2 0.3	0.4 0.2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167.274 1.9%	170.935 2.2%	173.918 1.7%	178.675 2.7%	184.524 3.3%	191.603 3.8%	198.366 3.5%	205.166 3.4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6.545 4.7%	6.953 6.2%	7.450 7.1%	7.694 3.3%	7.792 1.3%	8.126 4.3%	8.351 2.8%	8.625 3.3%
ÖFFENTLICHER KONSUM	64.510 1.9%	65.972 2.3%	68.033 3.1%	70.266 3.3%	72.341 3.0%	74.634 3.2%	77.076 3.3%	79.209 2.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	76.842 0.6%	78.394 2.0%	81.952 4.5%	86.658 5.7%	92.986 7.3%	97.416 4.8%	100.796 3.5%	103.967 3.1%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	39.680 5.7%	39.712 0.1%	41.716 5.0%	45.560 9.2%	47.970 5.3%	50.366 5.0%	51.888 3.0%	53.324 2.8%
BAUINVESTITIONEN	34.950 0.9%	35.781 2.4%	36.417 1.8%	37.166 2.1%	39.388 6.0%	41.888 6.3%	43.644 4.2%	45.273 3.7%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.383 -0.088	-0.002 0.382	-0.006 -0.004	-0.177 -0.172	0.825 1.003	0.846 0.021	0.867 0.021	0.889 0.021
INLANDSNACHFRAGE	314.788 1.6%	322.253 2.4%	331.347 2.8%	343.117 3.6%	358.468 4.5%	372.625 3.9%	385.458 3.4%	397.856 3.2%
EXPORTE I.W.S.	173.102 0.6%	177.855 2.7%	182.768 2.8%	186.464 2.0%	198.758 6.6%	210.889 6.1%	221.814 5.2%	231.903 4.5%
IMPORTE I.W.S.	163.980 0.6%	166.963 1.8%	169.856 1.7%	173.343 2.1%	187.327 8.1%	197.134 5.2%	206.637 4.8%	215.323 4.2%
BIP ZU MARKTPREISEN	323.910 1.6%	333.146 2.9%	344.259 3.3%	356.238 3.5%	369.899 3.8%	386.380 4.5%	400.634 3.7%	414.436 3.4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	154.965 -0.2%	155.249 0.2%	155.603 0.2%	157.761 1.4%	160.130 1.5%	163.012 1.8%	165.458 1.5%	167.774 1.4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6.187 3.9%	6.396 3.4%	6.717 5.0%	6.813 1.4%	6.813 0.0%	6.933 1.8%	7.019 1.3%	7.125 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61.171 0.8%	61.684 0.8%	62.181 0.8%	63.296 1.8%	64.225 1.5%	64.803 0.9%	65.451 1.0%	66.105 1.0%
BRUTTOINVESTITIONEN	71.744 -0.7%	72.249 0.7%	74.565 3.2%	77.698 4.2%	82.047 5.6%	84.189 2.6%	85.692 1.8%	87.025 1.6%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	37.954 4.5%	37.574 -1.0%	39.181 4.3%	42.237 7.8%	44.025 4.2%	45.676 3.8%	46.590 2.0%	47.405 1.8%
BAUINVESTITIONEN	31.920 -1.6%	32.008 0.3%	32.028 0.1%	32.143 0.4%	33.275 3.5%	34.273 3.0%	34.873 1.8%	35.396 1.5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0.748 0.280	1.026 0.278	0.753 -0.274	1.414 0.662	2.120 0.705	2.131 0.012	2.141 0.010	2.151 0.010
INLANDSNACHFRAGE	294.832 0.0%	296.697 0.6%	299.961 1.1%	307.073 2.4%	315.367 2.7%	321.097 1.8%	325.791 1.5%	330.210 1.4%
EXPORTE I.W.S.	164.040 0.6%	168.777 2.9%	174.764 3.5%	179.494 2.7%	187.856 4.7%	196.212 4.4%	203.384 3.7%	209.956 3.2%
IMPORTE I.W.S.	152.159 0.7%	156.658 3.0%	162.330 3.6%	167.856 3.4%	176.442 5.1%	181.710 3.0%	187.896 3.4%	193.502 3.0%
BIP ZU MARKTPREISEN	306.696 0.0%	308.724 0.7%	312.252 1.1%	318.621 2.0%	326.749 2.6%	335.570 2.7%	341.248 1.7%	346.634 1.6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	107.943 2.2%	110.104 2.0%	111.770 1.5%	113.257 1.3%	115.234 1.7%	117.539 2.0%	119.889 2.0%	122.287 2.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	105.459 1.2%	106.951 1.4%	109.412 2.3%	111.012 1.5%	112.637 1.5%	115.171 2.3%	117.763 2.3%	119.824 1.8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	106.848 1.8%	108.521 1.6%	109.815 1.2%	111.442 1.5%	113.248 1.6%	115.650 2.1%	117.541 1.6%	119.360 1.5%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	104.547 1.1%	105.691 1.1%	106.471 0.7%	107.866 1.3%	108.961 1.0%	110.269 1.2%	111.371 1.0%	112.485 1.0%
BAUINVESTITIONEN	109.493 2.6%	111.786 2.1%	113.706 1.7%	115.629 1.7%	118.369 2.4%	122.216 3.3%	125.149 2.4%	127.902 2.2%
INLANDSNACHFRAGE	106.769 1.6%	108.613 1.7%	110.463 1.7%	111.738 1.2%	113.667 1.7%	116.047 2.1%	118.314 2.0%	120.486 1.8%
EXPORTE I.W.S.	105.524 0.0%	105.379 -0.1%	104.580 -0.8%	103.883 -0.7%	105.804 1.8%	107.480 1.6%	109.062 1.5%	110.453 1.3%
IMPORTE I.W.S.	107.769 -0.1%	106.578 -1.1%	104.636 -1.8%	103.269 -1.3%	106.169 2.8%	108.488 2.2%	109.974 1.4%	111.277 1.2%
BIP ZU MARKTPREISEN	105.613 1.6%	107.911 2.2%	110.250 2.2%	111.806 1.4%	113.206 1.3%	115.141 1.7%	117.403 2.0%	119.560 1.8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	123.657 -1.7%	126.109 2.0%	129.182 2.4%	130.510 1.0%	139.261 6.7%	147.979 6.3%	155.822 5.3%	162.889 4.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	35.605 8.7%	37.537 5.4%	38.630 2.9%	40.411 4.6%	43.175 6.8%	45.803 6.1%	48.237 5.3%	50.678 5.1%
REISEVERKEHR	13.839 2.9%	14.209 2.7%	14.956 5.3%	15.543 3.9%	16.322 5.0%	17.107 4.8%	17.754 3.8%	18.336 3.3%
EXPORTE I.W.S.	173.102 0.6%	177.855 2.7%	182.768 2.8%	186.464 2.0%	198.758 6.6%	210.889 6.1%	221.814 5.2%	231.903 4.5%
WARENIMPORTE	124.937 -2.7%	125.196 0.2%	126.855 1.3%	128.574 1.4%	138.329 7.6%	145.402 5.1%	152.520 4.9%	158.820 4.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32.170 16.2%	34.422 7.0%	35.523 3.2%	36.963 4.1%	40.496 9.6%	42.649 5.3%	44.805 5.1%	46.957 4.8%
REISEVERKEHR	6.872 -1.2%	7.345 6.9%	7.478 1.8%	7.806 4.4%	8.501 8.9%	9.083 6.8%	9.312 2.5%	9.546 2.5%
IMPORTE I.W.S.	163.980 0.6%	166.963 1.8%	169.856 1.7%	173.343 2.1%	187.327 8.1%	197.134 5.2%	206.637 4.8%	215.323 4.2%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	119.127 -0.8%	122.561 2.9%	126.813 3.5%	129.532 2.1%	135.814 4.9%	142.605 5.0%	148.309 4.0%	153.500 3.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	32.303 6.0%	33.510 3.7%	34.720 3.6%	36.371 4.8%	38.081 4.7%	39.414 3.5%	40.695 3.3%	41.916 3.0%
REISEVERKEHR	12.556 1.0%	12.650 0.7%	13.164 4.1%	13.465 2.3%	13.860 2.9%	14.171 2.3%	14.419 1.8%	14.636 1.5%
EXPORTE I.W.S.	164.040 0.6%	168.777 2.9%	174.764 3.5%	179.494 2.7%	187.856 4.7%	196.212 4.4%	203.384 3.7%	209.956 3.2%
WARENIMPORTE	116.448 -2.0%	118.949 2.1%	123.775 4.1%	127.736 3.2%	133.143 4.2%	136.871 2.8%	141.798 3.6%	146.194 3.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	29.533 14.1%	31.270 5.9%	32.107 2.7%	33.483 4.3%	35.979 7.5%	37.148 3.3%	38.355 3.3%	39.506 3.0%
REISEVERKEHR	6.238 -3.7%	6.487 4.0%	6.526 0.6%	6.700 2.7%	7.274 8.6%	7.620 4.8%	7.696 1.0%	7.773 1.0%
IMPORTE I.W.S.	152.159 0.7%	156.658 3.0%	162.330 3.6%	167.856 3.4%	176.442 5.1%	181.710 3.0%	187.896 3.4%	193.502 3.0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
WARENEXPORTE	103.803 -0.9%	102.895 -0.9%	101.868 -1.0%	100.755 -1.1%	102.538 1.8%	103.769 1.2%	105.066 1.3%	106.116 1.0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	110.222 2.5%	112.018 1.6%	111.262 -0.7%	111.107 -0.1%	113.375 2.0%	116.210 2.5%	118.534 2.0%	120.905 2.0%
REISEVERKEHR	110.224 1.9%	112.323 1.9%	113.609 1.1%	115.439 1.6%	117.768 2.0%	120.712 2.5%	123.127 2.0%	125.281 1.8%
EXPORTE I.W.S.	105.524 0.0%	105.379 -0.1%	104.580 -0.8%	103.883 -0.7%	105.804 1.8%	107.480 1.6%	109.062 1.5%	110.453 1.3%
WARENIMPORTE	107.290 -0.8%	105.252 -1.9%	102.488 -2.6%	100.656 -1.8%	103.895 3.2%	106.233 2.3%	107.561 1.3%	108.637 1.0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	108.928 1.8%	110.083 1.1%	110.640 0.5%	110.391 -0.2%	112.556 2.0%	114.807 2.0%	116.816 1.8%	118.861 1.8%
REISEVERKEHR	110.170 2.6%	113.223 2.8%	114.598 1.2%	116.506 1.7%	116.865 0.3%	119.202 2.0%	120.990 1.5%	122.805 1.5%
IMPORTE I.W.S.	107.769 -0.1%	106.578 -1.1%	104.636 -1.8%	103.269 -1.3%	106.169 2.8%	108.488 2.2%	109.974 1.4%	111.277 1.2%
TERMS OF TRADE, GESAMT	97.917 0.1%	98.875 1.0%	99.946 1.1%	100.595 0.6%	99.656 -0.9%	99.070 -0.6%	99.170 0.1%	99.260 0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	96.750 -0.1%	97.761 1.0%	99.395 1.7%	100.098 0.7%	98.694 -1.4%	97.680 -1.0%	97.680 0.0%	97.680 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
IMPORTQUOTE, GESAMT	50.625	50.117	49.340	48.659	50.643	51.021	51.577	51.956
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.553	-0.508	-0.777	-0.680	1.983	0.378	0.557	0.378
IMPORTQUOTE, GÜTER	38.572	37.580	36.849	36.092	37.397	37.632	38.070	38.322
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.732	-0.992	-0.731	-0.757	1.304	0.235	0.438	0.253
EXPORTQUOTE, GESAMT	53.441	53.387	53.090	52.343	53.733	54.581	55.366	55.956
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.532	-0.055	-0.296	-0.748	1.391	0.848	0.785	0.591
EXPORTQUOTE, GÜTER	38.176	37.854	37.525	36.636	37.648	38.299	38.894	39.304
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1.303	-0.322	-0.329	-0.889	1.013	0.650	0.595	0.410

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5554.650 0.9%	5612.242 1.0%	5625.702 0.2%	5632.878 0.1%	5632.802 0.0%	5628.911 -0.1%
ERWERBSQUOTE	77.350 0.8%	77.978 0.8%	78.662 0.9%	78.988 0.4%	79.808 1.0%	80.798 1.2%	81.444 0.8%	82.047 0.7%
ERWERBSPERSONEN	4233.103 1.2%	4293.657 1.4%	4369.385 1.8%	4432.984 1.5%	4489.772 1.3%	4551.244 1.4%	4587.592 0.8%	4618.347 0.7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3609.608 0.3%	3624.041 0.4%	3657.227 0.9%	3679.503 0.6%	3691.909 0.3%	3702.317 0.3%	3700.464 -0.1%	3700.170 0.0%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	753.482 5.8%	797.863 5.9%	848.926 6.4%	887.128 4.5%	918.178 3.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	462.900 1.8%	470.900 1.7%	480.200 2.0%	488.800 1.8%	494.500 1.2%	495.736 0.3%	498.215 0.5%	500.706 0.5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3944.184 1.4%	3995.272 1.3%	4055.507 1.5%	4089.377 0.8%	4117.641 0.7%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3573.088 2.0%	3662.415 2.5%	3706.364 1.2%	3734.162 0.8%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.440 -1.9%	82.208 -2.7%	80.400 -2.2%	79.194 -1.5%	79.194 0.0%
ARBEITSLOSE	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	357.313 0.8%	339.976 -4.9%	312.692 -8.0%	303.819 -2.8%	304.285 0.2%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	8.509 -0.550	7.710 -0.799	7.429 -0.281	7.390 -0.040

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	154.509 2.8%	158.789 2.8%	163.661 3.1%	170.023 3.9%	175.782 3.4%	184.321 4.9%	191.569 3.9%	197.831 3.3%
BRUTTOBETRIEBSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	127.755 0.2%	131.921 3.3%	135.945 3.0%	140.890 3.6%	147.760 4.9%	154.544 4.6%	160.481 3.8%	166.927 4.0%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	41.646 2.0%	42.436 1.9%	44.653 5.2%	45.325 1.5%	46.356 2.3%	47.515 2.5%	48.584 2.3%	49.678 2.3%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	323.910 1.6%	333.146 2.9%	344.259 3.3%	356.238 3.5%	369.899 3.8%	386.380 4.5%	400.634 3.7%	414.436 3.4%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0.874 170.8%	0.439 -49.8%	-3.389 -872.2%	-0.406 -88.0%	-0.982 141.8%	-1.002 2.0%	-1.022 2.0%	-1.042 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	58.089 3.5%	59.947 3.2%	61.623 2.8%	63.819 3.6%	66.425 4.1%	68.916 3.8%	71.329 3.5%	73.825 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	266.695 1.5%	273.638 2.6%	279.246 2.0%	292.012 4.6%	302.492 3.6%	316.462 4.6%	328.284 3.7%	339.568 3.4%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.909 24.7%	-3.113 -20.4%	-3.147 1.1%	-3.420 8.7%	-2.823 -17.5%	-2.879 2.0%	-2.937 2.0%	-2.995 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	262.786 1.2%	270.525 2.9%	276.099 2.1%	288.592 4.5%	299.669 3.8%	313.583 4.6%	325.347 3.8%	336.573 3.5%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	300.314 1.2%	305.161 1.6%	318.657 4.4%	332.764 4.4%	346.839 4.2%	361.467 4.2%	375.202 3.8%	385.708 2.8%
DAVON SPAREINLAGEN	153.351 -2.6%	149.971 -2.2%	147.147 -1.9%	145.707 -1.0%	144.213 -1.0%	142.144 -1.4%	139.443 -1.9%	136.933 -1.8%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	320.086 -1.0%	319.730 -0.1%	323.817 1.3%	328.388 1.4%	331.751 1.0%	341.149 2.8%	345.243 1.2%	348.005 0.8%
EURIBOR 3M	0.22	0.21	-0.02	-0.26	-0.33	-0.32	-0.06	0.16
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.35	-0.01	-0.23	-0.24	-0.07	0.01	0.26	0.22
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J	1.99	1.48	0.75	0.37	0.56	0.70	0.97	1.24
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0.30	-0.51	-0.73	-0.38	0.19	0.14	0.27	0.27

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
USD/EUR	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.106 -0.4%	1.130 2.2%	1.181 4.5%	1.164 -1.4%	1.179 1.3%
GBP/EUR	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.819 12.7%	0.876 7.0%	0.884 0.9%	0.899 1.7%	0.900 0.1%
YEN/EUR	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	120.332 -10.4%	126.657 5.3%	130.402 3.0%	129.595 -0.6%	129.722 0.1%
CHF/EUR	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.112 2.0%	1.155 3.9%	1.120 -3.0%	1.120 0.0%

Autoren und Autorinnen: Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2020: Schwächere Weltwirtschaft und hohe Unsicherheit bremsen heimische Konjunktur
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 105

Redaktion: Bianca Brandl

© 2018 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
